GLASUL MINORITĂŢILOR
LA VOIX DES MINORITÉS
DIE STIMME DER MINDERHEITEN

ANUL / ANNÉE / JAHRGANG X. FEBRUARIE - MARTIE / FÉVRIER - MARS / FEBER - MÄRZ 1932. NUMĂRUL / NUMÉRO / NUMMER 2-3

Die „Geheiligten Rechte" der Nationalitäten.

Zum Genfer Ratsfiasko.

Von: **Dr. Ewald Ammende**

Generalsekretär der europäischen Nationalitätenkogresse.

Genf, 3. Februar 1932.

Während der letzten Session des Völkerbundsrates haben sich in Genf Vorgänge zugetragen, die das Versagen des Völkerbundes im Minderheitenschutz geradezu schlaglichtartig beleuchten. Es handelte sich um das Schicksal der ukrainischen Petitionen in Sachen der berüchtigten „ostgalizischen Pazifikation". Mit Recht heisst es in einer Erklärung, die von den Vertretern und Senatoren Polens kurz vor der Ratssitzung in Genf abgegeben wurde, dass der Behandlung dieser Petitionen durch den Völkerbund eine grosse grundsätzliche Bedeutung zukomme, da es „so gut wie das erste Mal wäre, dass Minderheitenpetitionen dank eines einmütigen Beschlusses des betreffenden Dreierkomitee's zur Behandlung vor dem Plenum des Völkerbundrates gelangten", so dass die Augen von Angehörigen der Minderheiten in allen Teilen Europa's heute auf das Vorgehen des Rates in Sachen der ukrainischen Klagen gerichtet wären. (Bekanntlich wird in diesen Petitionen wegen der Misshandlung und Vergewaltigung vieler Hunderten von unschuldigen Menschen durch die polnischen Militärabteilungen Klage geführt).

Was hat sich nun in Genf anlässlich der Behandlung der ukrainischen Frage vor dem Völkerbundsrate zugetragen? Um es gleich herauszusagen, der Rat und das Sekretariat des Genfer Bundes haben in einer geradezu einzigartigen Weise versagt. Berichterstatter für die Frage vor dem Rate war Herr *Sato*, der

Vertreter Japans, ein Mann, der jetzt Tag und Nacht nur an die Regelung des mandschurischen Konfliktes zu denken hat. Mit Recht hat denn auch *Dr. William Martin* im Journal de Genevè darauf hingewiesen, dass diesem Vertreter Japans im Augenblick jede Eignung und jede Autorität zur Vertretung wichtiger Angelegenheiten vor dem Rate fehlen. Es liegt auf der Hand, dass Herr Sato, mit Rücksicht auf seine Stellung in der mandschurischen Diskussion vor dem Rate nur darauf bedacht sein musste, im Interesse seines Staates weder Herrn Zaleski, noch irgend ein anderes Mitglied zu irritieren. Was gingen ihn als Vertreter der japanischen Interessen in diesem Zusammenhange die Rechte der abwesenden Ukrainer Polens an. Ein guter Beweis dafür, wie sinnlos es ist, den Vertreter der besonderen Interessen ihrer Staaten, d. h. staatlichen Delegierten, die Funktion eines generellen Schutzes fremder Minderheiten zu übertragen einer Aufgabe, die in vielen Fällen die Beziehungen der durch sie vertretenen Länder zu den in Frage kommenden beklagten Staaten auf's schwerste belasten müssen.

Charakteristisch für die Art der Behandlung der ukrainischen Klagen, überhaupt der Minderheiten Petitionen vor dem Rate, war vor allem der Umstand, dass es sich bei der Annahme des Sato'schen Berichtes gewissermassen um eine Ueberrumpelung – man kann es nicht anders ausdrücken – handelte, denn dieser Bericht wurde den einzelnen Mitgliedern des Rates am letzten Tage der Session unmittelbar vor der Abstimmung über den Antrag übermittelt. Gegen dieses Vorgehen protestierte denn auch auf das energischste der Delegierte Irlands. Er erklärte, dass ein Studium des 18 Seiten langen Berichts zum Teil überhaupt nicht möglich gewesen wäre. Dieser ironische Protest ist für die Methoden des Völkerbundes und seines Sekretariates bei Behandlung der Minderheitenfragen ganz allgemein bezeichnend.

Nach dem Vertreter des irischen Freistaates ergriffen nacheinander Lord Robert Cecil und der Gesandte E. Colban, ehemaliger Direktor der Minderheiten ektion beim Völkerbunde das Wort, also die Vertreter derjenigen beiden Staaten, die als Mitglieder des in Frage kommenden Dreierkomitee's mit Rücksicht auf die Tragweite der ganzen Sache diese vor das Plenum des Rates zu bringen beschlossen hatten. Sie distanzierten

sich in der nachdrücklichsten Weise vom Bericht und hoben besonders hervor, dass dieser so gut wie überhaupt nicht auf die Frage der Wiedergutmachung der Schäden der unschuldigen Opfer der Pazifikation eingehe. Lord Cecil regte an, dass die Frage der Wiedergutmachung der Schäden noch vermittelst eines besonderen Berichtes zur Behandlung vor den Rat gelangen solle. Es ist mehr als bezeichnend, dass diese Anregung Lord Cecils von keinem der übrigen Ratsmitglieder — wohl mit Rücksicht auf die Beziehungen ihrer Länder zu Polen — aufgegriffen wurde. Selbst der deutsche Vertreter, Gesandter Baron von Weitsaeker, stellte nur fest, dass die öffentliche Meinung der Welt, die sich für diese ukrainische Frage bereits in einem so hohen Masse interessiert hätte, auch das entsprechende Urteil über den japanischen Bericht fällen würde. Dem gewandten Vorsitzenden des Völkerbundsrates und Ex-Sozialisten, Paul Boncour, fiel es daher leicht, die englische Anregung unter den Tisch fallen zu lassen, dieses umsomehr, da er auch hierin vom Berichterstatter, Herrn Sato, unterstützt wurde.

Doch durch die Reden Lord Cecils, E ich Colbans und besonders Baron Weitsaekers, trat klar zu Tage, wie sehr die Ansichten eines grossen Teiles der Ratsmitglieder mit den Schlussfolgerungen des ihnen vom japanischen Berichterstatter und seinen Sekretariatsmitarbeitern aufoktroyierten Berichtes divergierten. In dieser Beziehung stellt die Diskussion vor dem Rate daher zweifellos einen moralischen Erfolg der petitionierenden Minderheitsvertreter dar.

Welches ist nun der Inhalt des für die Minderheiten gewissermassen historischen Berichtes? Von den vier Schlussfolgerungen, zu denen er kommt, sind drei offensichtlich so abgefasst, dass sie dem politischen Standpunkte Rechnung tragen und damit die wahren Zusammenhänge einfach negieren.

Im ersten Punkte wird die alte unwahre Behauptung von der Propaganda, der die Petitionen der Minderheiten ausschliesslich dienten, wiederum aufgefrischt, dieses zu einer Zeit, wo die ganze Welt sich über die Wahrheit der ukrainischen Behauptungen über die polnischen Gewalttaten einig ist, ja der Bericht selbst an einer anderen Stelle dieses Vorgehen nachdrücklich verurteilt. Die richtige Antwort wurde den Verfassern des Berichtes von Lord Robert Cecil erteilt, der in seinen Ausführungen u. a. feststellte, dass die Meldungen über die Vor-

gänge in den polnischen Gefängnissen u. s. w. die ganze öffentliche Meinung der Welt in Erregung versetzt, „shocked" hätten. Was hat gegenüber dieser Feststellung die – gegen die Minderheiten gerichtete – Erklärung des Herrn Sato und seiner Mitverfasser vom Völkerbunds-Sekretariate zu bedeuten? Allerdings, die offizielle Gazeta Polska schreibt triumphierend, dass endlich, nach zwölf Jahren, die Minderheiten-Propaganda gegen ihre Staaten durch die Petitionen vom Rate anerkannt und verurteilt worden seien.

Auch die unnütze und an den Haaren herbeigezogene Behauptung der zweiten Schlussfolgerung, dass ein jeder Gedanke, es könne sich in Polen um eine konsequente Politik der Unterdrückungen, sowie Vergewaltigungen somit nicht nur um einen vorübergehenden „passagèren" Zustand handeln, müsse zurückgewiesen werden, stellt nichts anderes, als eine direkte Stimmungsmache dar, und zwar soll dadurch, wie es im Bericht selbst steht, erzielt werden, dass „die wahre Tragweite der konkreten Tatsachen", – soll wohl heissen Gewalttaten – von den Mitgliedern des Rates nicht überschätzt werden dürfen.

Das gleiche trifft übrigens auch für die dritte Schlussfolgerung des Berichtes zu. Hier wird von den Terrorakten gewisser nationalistischer ukrainischer Organisationen gesprochen, und dann der Ansicht Ausdruck gegeben, „dass eine Aktion dieser Art mit dem Schutze einer Minderheit durch den Völkerbund vermengt worden wäre". Wieso diese Behauptung wo es sich bei den Petitionen doch nur um die Anrufung des Völkerbundes zum Schutze der unschuldigen und mit den zweifellos zu verurteilenden Terrorakten: Brandstiftung, u. s. w. in keiner Weise in Verbindung stehenden Opfern der Pazifikationen handelt?

Somit wird eine Vermengung der Frage vom Schutze der Minderheitsangehörigen mit den zu verurteilenden terroristischen Aktionen nationalistischer Organisationen nicht von den Petenten, sondern von den Verfassern des Berichtes selbst vorgenommen. Warum wohl? Um die erfolgten Gewalttaten während der „Pazifikationen", wenn auch nicht direkt, so doch wenigstens indirekt zu entschuldigen. Trotzdem sehen die Verfasser des Berichtes sich zum Schlusse gezwungen, die Unzulässigkeit der Gewaltmassnahmen festzustellen, um dann allerdings gleich ihrem Optimismus bezüglich der künftigen Entwicklung der Dinge in Polen Ausdruck zu geben.

Vielleicht am bezeichnendsten für den vom Rate angenommenen Bericht, wie überhaupt für das Vorgehen des Völkerbundes in den Minderheitenfragen ist aber die Tatsache, dass Herr Sato zum Schlusse seiner Ausführungen seinem „Bedauern Ausdruck gibt, dass die polnische Regierung eine Wiedergutmachung für die Schäden der unschuldigen Opfer der Pazifikationen nicht möglich gemacht hat". Mit anderen Worten: Herr Sato und seine Mitarbeiter vom Sekretariate sprechen den unschuldigen Opfern der Pazifikationen gewissermassen ihr Beileid aus. In diesem Zusammenhange erhält die Ablehnung der Anregung Lord Robert Cecils bezüglich einer weiter vom Rate vorzunehmenden Behandlung der Wiedergutmachungsfrage eine besondere Bedeutung. In der Tat, wozu diese Entschädigung, wenn den Opfern der Pazifikationen seitens Herrn Sato's und seiner Kollegen nunmehr das Beileid ausgesprochen wird!

Was beweist die ganze hier geschilderte Entwickelung? Sie besagt, dass die im Rate sitzenden Vertreter der Interessen ihrer Staaten, — und dieses trifft nicht nur für den von Sorgen geplagten Herrn Sato zu — an die Erfüllung ihrer Mission zum Schutze der fremden Minderheiten, soweit diese ihr Verhältnis zu dem in Frage kommenden Staate belasten, überhaupt nicht denken. Hier haben wir es eben mit jenem grundsätzlichen Übel in der Struktur des Genfer Minderheitenschutzes durch den Rat zu tun. Nur Minderheiten, die im Rate stammverwandte Vertreter sitzen haben, können dank dem Eingreifen dieser letzteren allenfalls mit einem gewissen Erfolgen rechnen. Die Entwickelung hat aber auch noch erwiesen, dass die Beamten des Sekretariates beinahe gänzlich dem Einfluss der interessierten Staaten und ihrer Vertreter unterliegen; dieses desto mehr, da in den weitaus meisten Fällen Vertreter der Minderheiten überhaupt nicht vorhanden sind. Statt der reichlichen Gesichtspunkte überwiegen bei den Mitgliedern des Völkerbundsrates immer wieder die politischen Interessen, daran haben eben auch die Madrider Verfahrensverbesserungen nichts ändern können. Dieses wird auch durch den Umstand bestätigt, dass in der Klage der ungarischen Székler Rumäniens der Rat soeben nicht, wie mehrfach von ihm selbst grundsätzlich empfohlen, die Anrufung des Haager Schiedsgerichtshofes, sondern statt dessen die Einsetzung eines Juristenkomitee's in Genf beschlossen hat. (Alle Erfahrungen mit den Genfer Juristenkomitee's besa-

gen, dass diese einen mehr politischen als rechtlichen Charakter tragen.)

Aus diesem Grunde muss in jedem Falle seitens der in den Nationalitätenkongressen verbundenen europäischen Minderheiten die von Stresemann in die Wege geleitete Aktion zur Erreichung eines permanenten Minderheitenausschusses in der Art der Mandatskommissionen – diese hätte gewissermassen ex offizio vorzugehen – fortgesetzt werden. Bis dieses Ziel erreicht ist, wäre praktisch bereits vieles erzielt, wenn die volle Publizität durch eine grundsätzliche Veröffentlichung nicht nur der Petitionen selbst, sondern gleicherweise der „Observationen" der Regierungen und schliesslich auch der Rückäusserungen der Minderheiten auf diese letzteren im Verfahren erzielt werden könnten. Wichtiger als alle Ratsbeschlüsse – und gerade dieses hat die beinahe zwei Jahre dauernde Auseinandersetzung über die ukrainische Petition erwiesen – ist die Möglichkeit, die gesamte europäische Öffentlichkeit in den Dienst der Wahrheit, in den Minderheitenfragen zu stellen. Das Urteil der Weltöffentlichkeit – und hierin wird man dem Gesandten von Weitsaeker zweifellos Recht geben müssen — ist heute bedeutsamer, als ein auch im günstigsten Falle nur faules Kompromiss der im Rate sitzenden Staatenvertreter. Dieses Urteil wird festzustellen haben, ob die Petitionen der Minderheiten in der Tat nur Propagandazwecken entsprechen, oder ob es sich bei ihnen um nicht zu widerlegende Tatsachen handelt.

Dank dem Eingreifen der öffentlichen Meinung sind die ostgalizischen Pazifikationen auch ohne den Ratsspruch von der ganzen zivilisierten Menschheit verurteilt worden.

Ştatuşul Romano-Catolic din Transilvania.

II.

Legalitatea Ştatuşului Catolic.

Arătându-se astfel ceva mai pe larg desvoltarea istorică a Ştatuşului Romano-Catolic din Transilvania, legalitatea lui acum se poate dovedi mai concis:

Legalitatea lui este necontestată în Principatul Transilvaniei

potrivit legii fundamentale din 1653 (Approbatae Constitutiones P. I., Tit. I., Art. 3.), din care derivă și autonomiile legale și valabile ale Protestanților ardeleni.

Legalitatea Statușului Catolic s'a confirmat prin Diploma lui Leopold I. (1690), prin care s'au confirmat autonomiile religioase bazate în locul citat al Approbatae-lor, recunoscându-se și stabilindu-se în mod solemn prin această Diplomă status-quo-ul.[30]

Legalitatea Statușului Romano-Catolic Ardelean reorganizat o dovedesc lămurit documentele mai sus amintite ale miniștrilor de culte I. Eötvös (din 1867) și Aug. Trefort (din 1873).

Statușul Catolic existent în mod legal nici nu s'a împiedecat în activitatea-i legală nici de guvernele maghiare, nici de puterea legislativă a fostului stat maghiar. (Cele câteva cazuri controversate privitor la sfera de competință au fost trecătoare.)

Ba prin legea citată din 1883 i-s'a sancționat chiar legalitatea în mod cât se poate de hotărît, așa că chiar și adversarii lui sunt siliți să o recunoască (v. nota 26). Iar d-l Coloman Melichár declară categoric: „... prin amintitul articol de lege (Statușul Catolic) a obținut recunoașterea de lege.[31]

Dar legalitatea Statușului Catolic s'a mai recunoscut și confirmat și prin aprobarea regală a regulamentului despre sfera lui de competință (din 1893) asupra școlilor secundare susținute și conduse de el și prin aprobarea regală a celuilalt regulament (din 1915) despre administrarea bunurilor, precum acestea mai sus s'au arătat mai cu deamănuntul.

Acestea, ca să ne mărginim numai la acestea, dovedesc cu prisosință că Statușul Catolic a fost legitim atât în sensul legilor civile ardelene, cât și în al celor maghiare și că și-a desfășurat constanta și legitima activitate a sa cu știrea și consimțământul tuturor factorilor competenți din fostul Stat Maghiar.

Cumcă Statușul Catolic e legitim și în cadrele României, potrivit legilor civile astăzi în vigoare ale Statului Român, aceasta se dovedește în modul următor: Din cele de mai sus e cert că

[30] Diploma Leopoldinum prius, 16. Oct. 1690: E. O. E. XX. pp. 47 urm.; Diploma sollemnius 4. Dec. 1691: E. O. E. XX. p. 76; suppletorium de negotio religionis 9 Apr. 1693; Szász: Sylloge, Claudiopoli 1833, pp. 389. urm.

[31] Melichár: A katholikus autonomia Magyarországon, Budapest, 1907, p. 154 (Autonomia catolică în Ungaria.)

Ştatuşul Catolic a existat legal în baza legilor cari erau în vigoare când cu estinderea Imperiului Român asupra Transilvaniei. Iar legile atunci în vigoare s'au menţinut neschimbate până azi, măcar cele privitoare la cazul nostru, prin decretul-lege din 1918 [32] şi chiar prin art. 137 al Constituţiunii din 1923.[33]

La acestea se mai adaogă, că până la sfârşitul anului acum trecut (16 Nov. 1931) nici un guvern al României Întregite n'a oprit activitatea Ştatuşului Catolic.

Ori, guvernul regal din 1921 a recunoscut chiar prin fapt soiemn şi cert legalitatea Ştatuşului Catolic. Episcopii celorlalte dieceze catolice s'au prezintat numai ei singuri la actul de depunerea jurământului de fidelitate faţă de Suveranul Român, pe când episcopul diecezei ardelene — la propunerea Consiliului Direcţional al Ştatuşului Catolic şi cu consimţământul d-lui Al. Averescu, preşedinte al Consiliului de Miniştri şi al d-lui Oct. Goga, ministru al Cultelor — a fost însoţit şi asistat la acest act mare de doi reprezentanţi ai Ştatuşului Catolic şi anume de d-nii Dr. Elemér Gyárfás (actualul preşedinte mirean al Ştatuşului Catolic) şi Dr. Andrei Balázs (referentul Ştatuşului Catolic), reprezentând anume, în mod deosebit, Ştatuşul Catolic diecezan. Va să zică chiar precum reprezentanţii autonomiei Protestanţilor au fost de faţă la actul de jurământ respectiv. Reprezentanţii aceştia ai Ştatuşului Catolic, dupăce au asistat la actul solemn al jurământului, reprezentând Ştatuşul Catolic (19. III. 1921), au mai avut onoarea de a fi învitaţi şi retinuţi la masă de Maj. Sa Regele Ferdinand I.

III.

Personalitatea juridică a Ştatuşului Catolic.

Ştatuşul Romano-Catolic Ardelean: în Ungaria era înzestrat cu personalitatea juridică, de care se bucură şi astăzi în România.

Înainte de a dovedi acestea, trebue să lămurim noţiunea de persoană juridică, pentrucă tot miezul problemei disputate de unii, dacă Ştatuşul este persoană juridică sau nu, constă în aceea, că alta este concepţiunea privitoare la origina şi recu-

[32] Decret-lege din 11 Dec. 1918. (Mon. Oficial 13 Dec. 1918.)

[33] Constituţiunea din 29 Martie 1923, art. 137.

noașterea personalității juridice în fostul Principat al Transilvaniei și Statul Maghiar pe de o parte, și pe de altă parte alta este această concepțiune în Vechiul Regat Român și (parte și) în România Întregită.

Deosebirea aceasta iată cum se explică în jurisprudență:

a) După sistemul realității al persoanelor juridice, persoanele juridice se crează liber de către fondatori, împlinind niște condiții minimale prescrise pe lângă exprimarea lămurită a voinței lor de a înființa persoanele juridice respective, arătându-se scopurile și modalitățile activității lor. Astfel, satisfăcând acestor condiții, înșiși fondatorii crează persoanele juridice, neavând nevoie de nici o autorizare sau permisiune din partea autorităților sau a guvernului.

b) După sistemul concesionării personale juridice nu se pot crea decât obținându-se autorizarea formală a organelor competente ale puterii de stat și numai în baza acestei autorizări își capătă personalitatea și dreptul lor de existență.

Prin urmare, după sistemul realității înșiși creatorii înființează persoana juridică; puterea de stat cel mult ia la cunoștință și înregistrează faptul, însă nu colaborează la el. Pe când după celălalt sistem, al concesionării, însăși puterea de stat creiază persoana juridică prin acordarea autorizării sau a recunoașterii, activitatea fondatorilor mărginindu-se la preparativele, petiționările etc. lipsite de orice efect de drept.

Dintre aceste două sisteme jurisprudența de azi se declară din ce în ce mai pronunțat pentru cel al realității, afirmând, că persoanele juridice sunt realități juridice, creiate nu de puterea de stat, efectivă și creativă, ci de energia creativă a indivizilor.[34]

În Vechiul Regat Român și chiar în România Întregită nu se admitea până la 1924 decât numai sistemul exclusiv al concesionării, potrivit căruia din partea statului nu se considera ca persoană juridică, decât acea corporație, căreia personalitatea juridică i-s'a acordat prin lege separată, deci cu votul parlamentului și cu sancțiunea Suveranului.

Legea persoanelor juridice din 1924 a părăsit întrucâtva sistemul acesta, însă nu cu totul. Legea aceasta deosebește

[34] M. Michoud: La théorie de la personalité morale 1924; R. Saleilles: De la personalité juridique, 1910; la fel și la noi dl. prof. universitar: Ioan H. Vermeulen: Teoria persoanelor juridice, București, 1931.

două categorii de persoane juridice: cea dintâi e acea a persoanelor juridice de drept public, a doua a celor de drept privat. În cea dintâi intră acele persoane juridice, cărora personalitatea juridică li se acordă de către puterea legislativă prin lege specială; pe când la categoria a doua aparţin acelea, cari fără nici o lege specială, împlinind condiţiile prescrise, se recunosc ca persoane juridice de către tribunalele competente şi se trec în registrul persoanelor juridice.

Va să zică principiul concesionării s'a menţinut în esenţă şi prin legea din 1924; deşi cu concesiuni remarcabile, totuşi şi în sensul legii acesteia, crearea personalităţii juridice e un fapt constitutiv al puterii de stat, neputându-se înfiinţa persoanele juridice de către indivizi, pentrucă ele nu-şi obţin existenţa lor, decât prin hotărîrea tribunalului şi trecerea în registru.

Legile însă din fostul Principat Ardelean şi Stat Maghiar stăteau în baza sistemului realităţii şi pornind din punctul de vedere, că fiecare e liber să treacă altuia drepturile sale, recunoşteau în baza fundării calitatea de persoană juridică tuturor acelor corporaţiuni, fondaţiuni, etc. în privinţa cărora s'a putut dovedi din documentul de fundare voinţa fondatorilor de a înfiinţa bunuri destinate în scopuri fixate.[35]

În acelaş sens dispune şi art. 26 din Codul Civil Austriac (care-i în vigoare în Ardeal), care expressis verbis numai societăţilor oprite denegă personalitatea juridică şi unul dintre interpretatorii specialişti ai acestei legi, Dr. Kirchstetter (Wien 1882) condiţiunile înfiinţării şi activităţii persoanelor juridice le supune cu totul hotărîrii înfiinţătorului („Willkür des Stifters").

Va să zică privitor la judecarea şi rezolvirea chestiunii persoanelor juridice cele două puncte de vedere din Ardeal şi Vechiul Regat Român sunt diametral opuse şi diferite. Iată de ce domnii jurişti şi bărbaţi de stat din Vechiul Regat cer recunoaştere documentară şi autorizare scrisă dela reprezentanţii persoanelor juridice existente de fapt şi cum dela cele din Ar-

[35] Curtea de Casaţie, Secţia I-a. Deciziunea Nr. 1564 din 30 Sept. 1924. „după dreptul în vigoare în părţile Ardelene în sensul articolului de lege LXX din anul 1723, al articolului de lege XXVI. din anul 1790—91 fondaţiunile pioase (piae causae), de binefacere, prin dispoziţiunile fondatorilor, iau fiinţă, iar înfiinţarea lor nu este dependentă de prezentarea prealabilă a literilor fondaţionale şi aprobarea acestora de guvern."

deal nu s'au pretins astfel de recunoaşteri scrise, producerea lor formală în unele cazuri se loveşte în greutăţi mari.

*

Acum, dupăce am arătat pe cele două concepţiuni privitoare la persoanele juridice, vom dovedi, că Ştatuşul Romano-Catolic Ardelean e persoană juridică în sensul legilor în vigoare azi în România.

Cumcă Ştatuşul Catolic în fostul Principat Ardelean a fost persoană juridică, se dovedeşte în mod cert prin faptul istoric, că Ştatuşul acesta încă pe vremuri era subiect al dreptului de a avea bunuri. Aşa d. p. Regele Leopold I. la 14 Dec. 1694 a aprobat donaţiunea prin care principele şi palatinul Ungariei, Pavel Eszterházy şi cu soţia lui, Eva Thököly casa lor („domus curialis") din Haţeg au dăruit-o Ştatuşului Catolic.[36] În 1727 Ştatuşul Catolic a cedat iure perpetuo tagmei călugăreşti a franciscanilor colegiul şi biserica din Cetatea Veche a Clujului, ca proprietar al acestora.[37] Documentul acestei donaţiuni (din 18 Dec. 1727) se termină în felul următor: „Ex congregatione Status Romano-Catholici Trannici". Iar la 1791, când cu mutarea Guberniului din Sibiu la Cluj, negăsindu-se case potrivite în Cluj, în şedinţa a 97-a a dietei ţării (la 4 Sept.) Ştatuşul Catolic a oferit spre acest scop vechiul şi noul colegiu al iesuiţilor, cu condiţia ca Guberniul să-i plătească aceeaşi chirie Ştatuşului Catolic spre folosul şcolilor, pe care a plătit-o pentru casele închiriate în Sibiu.[38]

Nici nu s'a tras la îndoială, precum nici nu se putea, că Ştatuşul Catolic sub fostul imperiu maghiar se bucura de dreptul deplin de a proceda juridic, de a avea bunuri imobile trecute în cărţile funduare pe numele său propriu, de a dispune de bunurile sale mobile şi imobile, înlăuntrul cadrelor stabilite de Regulamentul despre administrarea bunurilor şi de a sta în instanţă, în chestiuni judecătoreşti, etc. prin urmare că a fost persoană juridică.

Cum prin citatul decret-lege al fostului Consiliu Dirigent, legile atunci în vigoare în Ardeal s'au menţinut neschimbate,

[36] Arhiva Capitlului din Alba-Iulia, Cista Eccl. Dioec., Fasc. 4., num. 3.
[37] Ibidem, Cista Kolos, Fasc. 1., num. 21.
[38] Bochkor, o. c. p. 394.

starea juridică a Statușului Catolic s'a menținut și ea până la legea din 1924 a persoanelor juridice.

Prin urmare se ivește întrebarea cum s'a format situația lui juridică în urma acestei legi? Răspunsul depinde de punctul de vedere, dacă Statușul se consideră de persoană juridică de drept privat, sau public. Răspunsul însă este afirmativ în amândouă cazurile.

1. Chiar dacă nu s'ar lua în considerare, că Statușul Catolic a obținut recunoașterea puterii legislative (1653, 1883) și astfel îndeplinește condițiunile cerute (de legea din 1924) persoanelor juridice de drept public și s'ar presupune (posito, sed non concesso), că era numai persoană juridică de drept privat, situația-i juridică, potrivit art. 2, 25 și 94 din legea persoanelor juridice (1924), s'ar forma în modul următor:

a) în sensul art. 2 Statușul Catolic putea fi trecut în registrul tribunalului ca persoană juridică, deoarece înainte de 1924 se bucura de dreptul personalității juridice și de acela de a proceda juridic și documentele lui fundamentale satisfac prescripțiunilor legii;

b) Omiterea trecerii în registru în cele 6 luni socotite dela promulgarea legii, potrivit art. 94 al legii, n'are alt efect juridic, decât acela, că în cazuri de controverse juridice cu o a treia persoană bonae fidei, va să zică în cazuri concrete, nu se poate produce faptul înscrierii;

c) iar în sfârșit în sensul art. 25, din cauza omiterii trecerii (înscrierii) în registru, nu se pierde personalitatea juridică, putându-se face înscrierea în orice timp ulterior.

În acelaș sens a și luat sentință on. Curte de Apel din Cernăuți într'un caz concret.[39]

[39] Curtea de Apel, Cernăuți, Secțiunea I-a, deciziunea din 10 Martie 1928: „Având în vedere că, în privința aceasta, art. 2. din legea menționată prevede ca persoanele juridice de drept privat existente la data promulgării legii de față, vor continua să funcționeze potrivit dispozițiunilor legilor, hotărîrilor sau actelor care le-au constituit și care nu ar fi contrarii dispozițiunilor de ordine publică ale acestei legi, obligate fiind însă ca în termen de 6 luni dela promulgarea legii să comunice Grefei Tribunalului în circumscripțiunea căreia funcționează administrațiunea lor principală, titlurile, pe temeiul cărora au dobândit personalitatea juridică, statutele sau actele constitutive, precum și informațiunile ce se vor cere prin regulamentul de aplicare al acestei legi, grefa fiind îndatorată a înscrie organizațiunea sau așezământul în registrul persoanelor juridice."

La fel s'a declarat în privința aceasta și dăunăzi răposatul ministru de justiție al guvernului actual în adresa-i Nr. 39773 din 12 Mai 1931, trimisă PSS. P. Sfințitului episcop de Satumare – Oradea, Ștefan Fiedler.[40]

Așa dar Statușului Catolic nu i-se poate abiudica personalitatea juridică, chiar și dacă se presupune, că n'ar fi decât persoană juridică de drept privat.

2. Dar Statușul Catolic e persoană juridică nu de drept privat, ci de drept public.

a) E atare și în sensul legii din 1924. Satisface doar pe deplin prescripțiunile legii acesteia prin personalitatea-i juridică, izvorîtă din P. I., tit. I., art. 3. al Approbatae-lor (1653) și re-

„Se respectă drepturile câștigate și simplul lucru pe care-l cere legea prin art. 2, este de a le cunoaște și de a ști unde și cum funcționează.

Considerând că aceasta fiind formalitatea pe care legea o cere dela o persoană juridică de drept privat deja existentă, pentru a putea funcționa și care s'a conformat în totul cerințelor art. 2 din lege, care va fi soarta și ce soluțiune se impune atunci, când o atare persoană juridică din motive binecuvântate a depășit termenul de 6 luni dela promulgarea legii — înăuntrul căruia trebuia să facă comunicarea, la care legea o obligă, și a îndeplinit aceasta formalitate mai în urmă."

„Considerând că într'o asemenea eventualitate, *nu se poate susține,* așa cum se pretinde de D. reprezentant al Ministerului Public, *ca persoana juridică deja existentă,* care a funcționat în trecut, care-și are statutele și toată așezarea ei temeinică, *să piardă beneficiul legii,* în ceeace privește înscrierea și să fie obligată a parcurge filiera impusă tuturor acelor societăți, cari solicită recunoașterea personalității lor juridice după promulgarea legii citate numai pentru singurul fapt de a fi făcut comunicarea tardivă, întrucât o asemenea măsură nu rezultă de nicăieri, nici din lege, nici din întreaga economie a ei, nici din regulament și mai puțin din expunerile mai sus pomenite ;

Ca singura consecință a acestei observări este aceea prevăzută de art. 2. al. ult. din lege, după care contravenienții la această dispoziție cad sub prevederile art. 94 din lege."

[40] Fundațiunile create și organizate de particulari și administrate conform actelor de fundație de diferite părți constitutive ale cultelor istorice, constituesc persoane juridice de drept privat, supuse în totul legii persoanelor juridice din 1924. Cele existente la data promulgării acestei legi erau datoare să se înscrie în termen de 6 luni în registrul tribunalului sub sancțiunea unei amenzi.

Chiar cele neînscrise, nu își pierd personalitatea juridică și se pot înscrie și azi. Este vorba, bine înțeles, de acelea, cari existau *ca persoane juridice distincte,* aprobate de guvern, conform legilor atunci în vigoare, *cu patrimoniu distinct de al bisericii,* în administrația căreia erau încredințate."

cunoscută de legea din 1883 (art. XXX. § 41). În acelaș sens a și luat sentință definitivă într'un caz concret on. Curte de Apel — Cluj, la 6 Dec. 1926.[41]

b) Dar persoană juridică de drept public mai e și în sensul legii Cultelor (1928), al cărei art. 11 spune: „Organizațiile cultelor istorice, create și reprezentate în conformitate cu sistemul lor de organizare și prevăzute în statute... sunt persoane juridice". Ștatușul Catolic e doar tocmai o astfel de organizație a diecezei ardelene, care s'a creat, aprobat și recunoscut de ordinariu (episcop), a cărui jurisdicție și putere în sensul can. 100. § 1. din C. I. C. e în măsură să o facă. Nu mai puțin e sigur, că Ștatușul Catolic în timpul legiferării (1928) exista, făcând parte din administrațiunea diecezei ardelene și-și desvolta activitatea sa ca atare.

c) În sfârșit Ștatușul Catolic mai e persoană juridică de drept public și în sensul art. IX. al Concordatului încheiat între Sftul Scaun și Regatul României și care s'a și ratificat în 1929 printr'o lege specială.

În cele de mai sus s'a dovedit, că Ștatușul Catolic a fost legal și legitim în sensul legilor civile ale fostului Stat Maghiar și ca atare trebue considerat și în sensul legilor României. În cele următoare vom dovedi, că Ștatușul acesta s'a constituit canonic, deci e instituție eclesiastică.

IV.

Ștatușul Catolic e Instituție Bisericească.

Deși Ștatușul Catolic Ardelean e o instituție sui generis în Biserica Catolică, totuși e instituție bisericească și canonică, întru câtva, ce-i drept, deosebită de obișnuitele instituții bisericești, dar deosebirea aceasta nu-i contrarie canoanelor și se explică prin evoluția-i istorică și prin nevoile speciale ale diecezei ardelene.

În afară de Protestanți, ceva asemănător s'a mai produs de istoria și tradițiunile Ardealului și la Românii ortodocși. Însuși marele mitropolit A. Șaguna a desvoltat principiile acestei instituții în opera sa „Anthorismos". Cu toate că aceste principii nu se potrivesc pe deplin cu ale Bisericii Orientale (A. Vering: Lehrbuch des Kirchenrechtes, Freiburg 1881, pp. 664

[41] V. Apendicile VI.

urm. si Radics: Die orthodox-orientalischen Partikularkirchen in den Ländern der ungarischen Krone, Budapest 1886), totuși statutele Bisericei Ortodoxe Române Ardelene s'au fixat după ele în congresul ținut la Sibiiu (1868), în baza legi maghiare din 1868 (art. IX) și s'au aprobat de rege la 28 Mai 1869. Aceste statute admit o colaborare a laicilor (mirenilor) în administrațiunea bisericească și anume cu jurisdicție cu mult mai largă, decum se admite în Ștatușul Catolic

*

Ștatușul Catolic e instituție bisericească. Începuturile lui se datorează mirenilor stăruindu-se în modul cât se poate de eficace întru apărarea drepturilor bisericii și întru ocrotirea intereselor catolice, în lipsa episcopului izgonit, surghiunit din țară. Instituția astfel creată în decursul timpului s'a aprobat și recunoscut și de către ordinari (episcopi). Așa, ca să ne mărginim la date puține, s'a recunoscut de episcopii Andrei Ilyés (1697) și G. Mártonfi (1717), cari au convocat și prezidat adunările (congresele) Ștatușului Catolic. Iar noua-i organizație s'a dat și constituit de episcopii N. Kovács (1848) și M. Fogarasy (1866). Ștatușul acesta astfel reorganizat cu autoritatea numiților episcopi, l-au recunoscut și aprobat cât se poate de lămurit și episcopii Fr. Lönhart și G. C. Majláth prin faptul, că decenii dearândul au convocat și prezidat adunările-i anuale. La acestea se mai adaogă, că Ștatușul Catolic este o formă anume specială — îndeobște cunoscută — a administrației diecezane ardelene, cunoscută și Sfântului Scaun. Din toate acestea se vede lămurit, că Ștatușul Catolic e instituție diecezană bisericească.

Faptul, că Ștatușul Catolic nu-i amintit pe nume în C. I. C. nu înseamnă nici o greutate, deoarece numitul Codex nu determină decât dreptul universal al Bisericii Catolice, lăsând neschimbat, servatis servandis, pe cel particular. Mai departe trebue să se considere, că în C I. C. nu se enumeră toate instituțiunile bisericești, mai ales în ce privește pe cele diecezane. Și se mai pot erija și înființa, praeter Codicem, chiar și instituții nouă de Sftul Scaunn — așa Associationes Dioecesanae Gallicae la 18 Ian. 1924 — și de episcopi. Mai departe, că e de competința și puterea episcopului — de exercitat firește sub autoritatea papală — de a înființa și aproba astfel de instituții.

Dar organizația Ștatușului nu-i deloc potrivnică lui C. I. C.,

pentrucă episcopii ardeleni erau totdeauna atenți și păzitori în privința asta. Căci nu se tăgăduește, că se iveau uneleori chiar și între membrii Statușului Catolic niște tendințe pătrunse de așanumitele idei raționaliste și francmasonice, vrând să decline organizația Statușului în anume sens protestant. Acestor tendințe însă episcopii le-au rezistat cu succes. Exemplu clasic ne dă în privința aceasta marele episcop M. Fogarasy prin scrisoarea-i memorabilă adresată (5 Apr. 1868) ministrului de culte I. Eötvös, declarând, el, neobositul campion al autonomiei catolice și reorganizatorul Statușului Catolic, ca Statușul Catolic mai bine să rămână deocamdată fără statute definitive, decât să se străcoare în ele ceva „liberalism" osândit de biserică.

Și dacă s'ar găsi — cu toate acestea — ceva puțin potrivit cu canoanele Bisericii în Statușul Catolic, la semnul Sftului Scaun se va putea elimina, schimba și corija de episcop și de însuși Statușul Catolic.

E îndeobște cunoscut, că această instituție specială a diecezei ardelene e cunoscută și Sftului Scaun și că până azi nu s'a obiecționat de el nimic în organizația aceasta. Ca să nu ne întindem asupra altor dovezi, nu citâm decât adresa No. 2500 din 17 Noemvrie 1895 a Nunciului Apostolic din Viena către episcopul de atunci, care adresă începe astfel: „Iamdiu innotescit Sancte Sedi in Tua diocesi vigere eam administrationis formam, quam vocant autonomiam ecclesiasticam". Și cere informații amănunțite, prin întrebări puse, despre această autonomie. Episcopul i-a trimis cu Nr. 4120 din 5 Dec. 1895 un studiu întreg, cuprinzând peste 40 coloane latine. Și studiul acesta despre Statușul Catolic s'a mai înserat, drept cap. IX. și în Relațiunea trimisă în 1903 Sftului Scaun de episcopul actual, Gustav Carol Majláth, cu puține și neînsemnate schimbări. La studiul din 1895 trimis Sftului Scaun prin mijlocirea Nunciaturii din Viena, n'a venit nici un răspuns. Relațiunea din 1903 (cuprinzând și studiul din 1895) a fost cercetată și în întregime aprobată de Sacra Congregatio Concilii prin răspunsul dat din 1 Iunie 1904, care este iscălit de însuși cardinalul V. Vannutelli, prefect al zisei Congregațiuni și de secretcrul Caietan de Lay, — cercetători și judecători foarte severi ai relațiunilor din chestie.

Prin urmare ne putem resuma în următoarele constatări:

1. Începuturile Statușului Catolic sunt vechi de tot și se

datoresc mirenilor grupați în vederea apărării bisericei lipsite de episcop, pentru scop religios, bisericesc, catolic, nu politic;

2. Ștatușul Catolic a devenit instituție bisericească obținând recunoașterea autorității bisericești competente, ceeace, chiar și dacă facem abstracție dela vicarii din veacul al XVII-lea, s'a întâmplat la 1697, când episcopul Andreiu Ilyés a presidat congresul Ștatușului Catolic. (Pe cât știm acesta este cel dintâiu caz de felul acesta.)

3. Cea dintâi formă de organizație a Ștatușului Catolic se poate dovedi în 1711, când cu alegerea la congresul din Mediaș a unui consiliu permanent. Forma de organizare mai desvoltată la 1848, respectiv la 1866 s'a dat și aprobat de către episcopii legitimi ai diecezei.

4. Ștatușul Catolic e legitim în sensul legilor civile din 1653; legitimitatea formală trebue să i se recunoască cel puțin dela 1867 încoace (decretul regal din 19. VIII. 1867, comunicat prin rescriptul ministrului Eötvös din 12 Sept. 1867.) E legitim și în România în sensul decretului-legi din 1918 și al Constituțiunii din 1923;

5. E și persoană juridică;

6. În sfârșit Ștatușul acesta Catolic e instituție bisericească începând dela obținerea celei dintâiu recunoașteri bisericești sigure (1697), iar formal cel puțin dela reorganizarea făcută de către episcopii diecesani (1848, 1867.)

*

Din toate acestea se vede lămurit, că nedumeririle ivite în jurul și în contra Ștatușului se pot explica prin necunoașterea istoriei Transilvaniei, din noțiunile și concepțiunile confuse privitor la personalitatea juridică și prin nesocotirea tuturor factorilor istorici.

Se vede deci din cele de mai sus, că Ștatușul Catolic din Transilvania este o foarte veche instituție bisericească a diecezei ardelene romano-catolice, care s'a constituit legal, în sensul legilor civile și că are și personalitatea juridică-civilă. *

* Precum se zvonește, mai mulți domni profesori de religie rom. cat. ai Universității din Cluj s'ar fi plâns Sftului Scaun (pe la finele lui Mai 1931), că prin noualе statute ale Ștatușului Catolic dniile lor au fost eliminați dintre membrii acestui Ștatuș. Iată care-i starea de fapt:

a) Noualе statute, stabilite de congresul Ștatușului din 30 Noemvrie 1930, declară în punctul p. din §-ul 5, că membrii Ștatușului sunt: „profesorii

titulari (ordinari) ai şcolilor superioare din diecesă". Din care se vede că nu numai că nu se exclud dnii profesori rom. cat. ai Universităţii din Cluj, ci chiar se cuprind ca membri şi dnii profesori ai celorlalte şcoli superioare din diecesă (Academia de Comerciu şi Academia de Agricultură), dacă sunt cetăţeni români şi credincioşi romano-catolici aparţinători diecesei ardelene. (§-ul citat.)

b) Cum dintre dnii profesori rom. cat. ai Universităţii din Cluj nu s'a anunţat niciunul ca credincios romano-catolic la parohia competentă din Cluj şi cum toţi membrii Ştatuşului se înscriu mai întâiu la parohiile competente şi se notifică episcopiei de către parohii, nu ştim care anume sunt romano-catolici dintre dnii profesori ai Universităţii din Cluj.

c) Îndată ce vom fi aflat, cari anume dintre dnii profesori titulari ai Universităţii din Cluj sunt cetăţeni români de religie rom. cat.: îi vom învita cu toată plăcerea la congresul Ştatuşului Catolic.

Die Angelegenheit der Székler Gütergemeinschaft vor dem Völkerbund.

Von: **Arthur von Balogh.**

Die am 29. Jänner dieses Jahres abgehaltene Sitzung des Völkerbundrates befasste sich nun schon zum viertenmale mit der, seitens der Interessenvertreter vor anderthalb Jahren eingereichten Petition gegen die Wegnahme der Székler Gütergemeinschaftskomplexe durch den rumänischen Staat. Vortragender der Angelegenheit war das japanische Ratsmitglied Sato. Mit grosser Vorliebe überträgt man in Genf das Referat von Minderheitsangelegenheiten im Rat den Vertretern aussereuropäischer Länder, obzwar diese zum Vortrag derartiger Angelegenheiten nicht allzu geeignet sind. Bei der Ratssitzung im Jänner wirkte es nachgerade grotesk, dass die Angelegenheit der Verletzung eines Minderheitsvertrages, also eines internationalen Vertrages, durch den Vertreter eines solchen Staates referiert wurde, welcher Staat eben damals den glänzendsten Beweis dessen lieferte, wie sehr er selbst die internationalen Verträge, den Pakt des Völkerbundes selbst respektiert, indem er gleichzeitig Krieg führt, ohne vorher die Intervention von Genf in Anspruch genommen zu haben.

Der Rat nahm den Antrag des Vortragenden an, wonach mit Rücksicht darauf, dass die rumänische Regierung gegen die Kompetenz des Rates Einwand erhob, denn ihrer Ansicht nach wären in der grundlegenden Frage der Debatte, in der Frage des Eigentumsrechtes die inländischen Rechtsinstanzen zu entscheiden berufen, welcher Weg den Klageführenden noch immer offen steht, demzufolge solle der Rat in dieser präjudiziellen Rechtsfrage juristisches Gutachten erbitten. Dieses juristische Gutachten zu erteilen, wäre auch nach Meinung des Vortragenden der Internationale Gerichtshof im Haag berufen. Im Interesse je baldigerer Erledigung der Klage schiene es aber zweckdienlicher, hinsichtlich der vom rumänischen Staat aufgeworfenen präjudiziellen Frage, die Meinung eines, vom Rat zu entsendenden Juristenkomitees einzuholen.

Wie aus Obengesagtem ersichtlich, handelt es sich um eine solche prinzipielle Frage, die nicht nur hinsichtlich der Erledigung der, dem Rat vorliegenden konkreten Klage, sondern auch darüber hinaus überhaupt für das Beschwerdeverfahren eine aussergewöhnliche Wichtigkeit besitzt. Eine unrichtige Erledigung dieser Frage würde das ganze System des durch die Verträge geschaffenen internationalen Minderheitenschutzes illusorisch machen, es auch seines heutigen geringen Wertes berauben, ja sogar – wie das eben in der Angelegenheit der Székler Gütergemeinschaft der Fall ist – die Minderheit in den Zustand völliger Schutzlosigkeit versetzen und sie der, über die Macht des Staates verfügenden Mehrheit ausliefern.

Die Vertreter von 25.000 ehemaligen Székler Grenzwächterfamilien reichten gegen die Wegnahme ihres in Friedenszeiten auf 105,820.000 Goldkronen bewerteten Vermögenskomplexes der sogenannten Széklerischen Privatgüter im Komitat Csik, durch den rumänischen Staat, am 29. Juni 1929 beim Völkerbund eine Klage ein. Diese Klage wurde im Jänner vorigen Jahres auf die Tagesordnung des Rates gesetzt, wodurch im Sinne der Verfahrensregeln die ganze einschlägige Dokumentation bekannt wurde, welche das Obersekretariat in einer amtlichen Ausgabe von 82 Druckseiten, samt Beilagen und Nachträgen und den Bemerkungen des rumänischen Staates veröffentlichte. Auf Grund dieser amtlichen Ausgabe können wir die Phasen dieser, infolge des Ratsbeschlusses vom Jänner dieses Jahres ganz sonderbare Wendung erhaltenen Angelegenheit von Anfang an verfolgen.

Die rumänische Regierung antwortet auf die, ihr mitgeteilte Klage zum erstenmale am 2. Oktober 1929. Am 9. Jänner 1930 erscheint ihre zweite, ausführlichere Antwort. Mittlerweile langen Nachträge zur Klage an, worauf die rumänische Regierung zum drittenmal, am 8. Mai 1930 Bemerkungen abgiebt. Am 19. Juni 1930 sucht Azcarate, im Auftrage des zur Prüfung der Angelegenheit entsendeten Komitees um Aufklärungen seitens der rumänischen Regierung an. Diese erteilt die rumänische Regierung mit ihrer Note vom 3. September 1930. Bis zu diesem Zeitpunkt gab die rumänische Regierung also dem Völkerbundrat nicht weniger als viermalige Antwort, worin sie aber nichts weiter tat, als das Eigentumsrecht der Klageführenden zu bestreiten, infolgedessen die unterschiedliche Behandlung der Székler Gütergemeinschaft gegenüber den rumänischen Vermögen gleichen Ursprunges und ähnlicher Rechtsbeschaffenheit in Naszód und Karánsebes, ihrer Meinung nach nicht besteht. In diesen vier Antworten fiel es ihr keinmal ein, die Kompetenz des Rates zu bezweifeln. Erst anderthalb Jahre nach Einreichen der Klage, am 20. Dezember 1930 verfällt sie auf diesen Gedanken, also offenbar ein bischen verspätet, denn die Einrede der Unzuständigkeit muss in jeder Rechtsfrage in limine litis und nicht nach anderthalb Jahren erhoben werden.

Das Minderheitskomitee scheint selbst gefunden zu haben, es bestehe kein Grund sich mit der Entgegnung der rumänischen Regierung zu beschäftigen, wonach die Klageführenden nur vor dem inländischen Gericht Rechtschutz suchen können, umsomehr, als das Komitee die Klage doch schon seit anderthalb Jahren behandelt. Das aus persischen, englischen und norwegischen Ratsmitgliedern bestehende Komitee wünschte nämlich, ungeachtet der rumänischen Entgegnung, in ihrer Note vom Jänner 1931, die Frage auf die Tagesordnung des Rates zu setzen. Während der nachfolgenden Maisession verschob der Rat jedoch die Verhandlung der Klage, da die rumänische Regierung in ihrem Schreiben vom 15. Mai 1931 dem Rat meldete, sie wolle im Interesse der friedlichen Regelung der Angelegenheit mit den Signatären der Klageschrift Besprechungen einleiten. Dies war also völliges Abweichen vom Standpunkt, die Klageführenden mögen sich an das inländische Gericht wenden. Ernstliche Absicht die Verständigung herbeizuführen,

ist schwerlich vorauszusetzen, da das von der Regierung entsandte Komitee von der Anerkennung des Eigentumsrechtes der Klageführenden nichts hören wollte, im Gegenteil nur den grossmütigen Vorschlag machte, der Staat werde die Gebäude instandhalten. Schön, dass der Staat nicht noch forderte, diejenigen sollten sie instandhalten, denen sie weggenommen wurden. Während der Septembersitzungen des Rates verlangte die rumänische Regierung um neuerlichen Aufschub, mit Betonung der erhofften Verständigung, wozu nach dem vorhin Gesagten wenig Grund vorlag. Nachdem infolge der nicht ernst zu nehmenden Vorschläge des Komitees ein Ausgleich nicht zustandekommen konnte, kam die rumänische Regierung gelegentlich der Ratssitzung im Jänner auf den im Vorjahr gefassten Standpunkt zurück, dass in dieser Klage allein das rumänische Gericht zu entscheiden berufen sei, da von der Eigentumsfrage die Rede ist, und für die Entscheidung dieser Frage auch nach der Enscheidung des Agrarkomitees der regelmässige Gerichtsweg noch immer offen steht.

Da die rumänische Regierung die Unzuständigkeit des Rates geltend machte, so hätte sich eine Meinungsverschiedenheit über die Auslegung des rumänischen Minderheitsvertrages ergeben, hätte auch nur ein Ratsmitglied einer von der Meinung der rumänischen Regierung abweichenden Meinung Ausdruck gegeben. In diesem Falle hätte im Sinne Artikels 12 Abschnitt 3 des rumänischen Minderheitsvertrages die Streitfrage vor den Internationalen Gerichtshof im Haag zur Entscheidung gebracht werden sollen, wie dies in der Angelegenheit der deutsch-polnischen Schulklage infolge des Auftretens des deutschen Ratsmitgliedes geschah. Die Angelegenheit der Székler fand im Rat keinen solchen Anwalt. Statt dessen liess der Rat sich herbei, anderthalb Jahre nach Einreichen und Behandlung der Klage die Kompetenzfrage aufzuwerfen. Dieser Beschluss ist jedenfalls überraschend, besonders in diesem Stadium der Angelegenheit.

Auf Seite 82 der obengenannten amtlichen Ausgabe ist in der Note des, aus persischen, englischen und norwegischen Ratsmitgliedern bestehenden Komitees zu lesen, dass die Vertreter der genannten Länder im Rate „in der, am 26. Jänner 1931 stattgehabten Zusammenkunft beschlossen haben, die Aufmerksamkeit des Rates im Sinne des zweiten Abschnittes vom Artikel 12 des rumänischen Minderheitsvertrages auf die Frage zu lenken, welche den Ge-

genstand der obengenannten Dokumentation bildet. Zu diesem Zweck bitten sie den Generalsekretär, er möge die nötigen Verfügungen treffen, damit diese Frage an die Tagesordnung der nächsten Sitzungen gelangen könne, sowie dass er die rumänische Regierung von diesem Beschluss verständigen möge."

Die angeführte Stelle des rumänischen Minderheitsvertrages räumt jedem Ratsmitglied das Recht ein, „die Aufmerksamkeit des Rates auf jede Verletzung irgendeiner der Verpflichtungen . . . zu lenken." Der ständige Internationale Gerichtshof hat in Angelegenheit der deutschen Siedler in Polen in seinem Rechtsgutachten No. 6 ausgesprochen, es sei vollkommen einerlei, ob das Minderheitskomitee in seiner Meldung die Aufmerksamkeit des Rates auf eine Verletzung der Vertragsbestimmungen lenkt, oder dies seitens eines anderen Ratsmitgliedes geschieht, da die Mitglieder des Minderheitskomitees zugleich Ratsmitglieder sind. Dies nahm der Rat in seinem Beschluss vom 5. September 1923 auch an.

Hieraus kann festgestellt werden, dass die Aufmerksamkeit des Rates auf die in Angelegenheit der Székler Gütergemeinschaft verübte Rechtsverletzung im Sinne des rumänischen Minderheitsvertages und im Sinne der Verfahrensregel gelenkt wurde. Dadurch ergab sich die Möglichkeit, dass im Sinne der genannten Stelle des rumänischen Miederheitsvertrages: „der Rat in einer Weise vorgehen und solche Weisungen erteilen könne, welche im gegebenen Falle geeignet und wirksam erscheinen." Das geschah aber nicht. Es trug sich jedoch zu, dass der Rat zu untersuchen begann, ob er sich wohl mit einer Klage befassen könne, womit er sich schon seit anderthalb Jahren beschäftigte. Und dies beschloss er in dem Zeitpunkt, als die Aufmersamkeit des Rates schon längst regelrecht auf die Angelegenheit gelenkt war. Diesen Beschluss kann der Minderheitsjurist nur als unbegreiflich, jeder Anhänger des Minderheitschutzes aber als gefährlich und beängstigend betrachten.

Vom allgemein prinzipiellen Standpunkt aus betrachtet, kann bei der aufgeworfenen Frage unzweifelhaft festgestellt werden, dass der Standpunkt der rumänischen Regierung sämtlichen bisherigen Antezedenzien dieser prinzipiellen Frage aufs entschiedenste widerspricht. Er widerspricht der Absicht der Schöpfer der Verträge, wie dies pragmatisch festgestellt werden kann, ebenso wie allen bisher diesbezüglich gefassten Reso-

lutionen des Rates. Die Annahme dieses Standpunktes wäre also nichts anderes, als eine Abweichung von der Intention der Verträge und die Verleugnung des bisher vom Rat eingenommenen Standpunktes. Dies ergibt sich klar aus Folgendem.

Bei Verhandlung des tschechoslowakischen Minderheitsvertrages unterbreitete die tschechoslowakische Delegation der Friedenskonferenz den Antrag, laut dessen von einer Verletzung der Vertragsbestimmungen solange nicht die Rede sei, bis irgendeine Minderheitsangelegenheit vor die höchste Instanz gebracht werden kann, oder bis die tschechoslowakischen Gerichte in der Angelegenheit ein endgültiges Urteil gefällt hatten. Diesen Antrag nahm die Friedenskonferenz jedoch nicht an und liess den einschlägigen Artikel 14 des tschechoslowakischen Minderheitsvertrages unverändert. Der mit allen übrigen Verträgen übereinstimmende Artikel enthält im zweiten Abschnitt hinsichtlich des vertraglich verpflichteten Staates die Bestimmung: „(er) stimmt zu, dass jedes Mitglied des Völkerbundrates das Recht haben soll, die Aufmerksamkeit des Rates auf jede Verletzung irgendeiner dieser Verpflichtungen zu lenken, ferner dass der Rat in einer Weise vorgehen und solche Weisungen geben könne, welche im gegebenen Falle geeignet und wirksam erscheinen." Dieses Recht und diese Pflicht der Ratsmitglieder ist hiemit, laut der Verträge nicht an die Bedingung geknüpft, dass die Minderheit vorerst die inländischen Instanzen erschöpfen solle, was ja bei drohender Gefahr gar nicht durchführbar wäre. Dies Recht und diese Pflicht des Rates ist absolut, denn es kann auch dann ausgeübt werden, wenn die Minderheit keine Klage eingereicht hat. Die Minderheitsklage ist wieder geeignet, die Ausübung dieses Rechtes und dieser Pflicht der Ratsmitglieder zu erleichtern. Woraus sich von selbst ergibt, dass auch die Minderheitsklage nicht an die Bedingung gebunden werden kann, vorher die inländischen administrativen oder gerichtlichen Wege zu begehen. Als die Friedenskonferenz den oben erwähnten tschechoslowakischen Antrag verwarf, tat sie dies gewiss nicht ohne Ursache. Es trat ihr klar zutage, dass im Falle eines Minderheits-Rechtsverstosses auch die Entscheidung des höheren behördlichen Forums mit den Verträgen im Gegensatz sein kann und zwar umsomehr, weil wie dies aus zahllosen Beispielen erhellt, die Gesetze und Verordnungen selbst oft die Verträge nicht berücksichtigen, mithin

würde die Annahme des tschechoslowakischen Antrages bloss die Rechtsausübung der Ratsmitglieder einschränken. Bezüglich dieses tschechoslowakischen Antrages ist folgendes zu bemerken von Interesse. Gegen die tschechoslowakische Agrarreform erhoben die Minderheiten in 1925 Klage, welcher die tschechoslowakische Regierung Bemerkungen zufügte, zugleich mit dem juristischen Gutachten des Professors der Rechte an der Prager Universität Krcmar. Letzterer erwähnt die Zurückweisung des obenangeführten tschechoslowakischen Antrages zur Betonung dessen, dass die internationale öffentliche Meinung der inneren Kontrolle hinsichtlich der Anwendung der Minderheitsverträge bloss relativen Wert zuspricht.

Dass die Abhilfe an den Minderheitsbeschwerden vonseiten des Rates nicht an die Bedingung geknüpft werden kann, die Minderheit möge erst die inländischen Instanzen erschöpfen, erhellt auch aus Nachfolgendem. Im auf Oberschlesien bezüglichen deutsch-polnischen Vertrag ist hinsichtlich der Erledigung der Klagen besonderes Verfahren vorgeschrieben, es wurden Minderheitsämter, eine gemischte Kommission und ein Schiedsgericht zu dem Zwecke geschaffen. Trotzdem spricht der Artikel 147 des Vertrages aus, die Minderheiten können auch mit Umgehung der inländischen Foren, unmittelbar an den Rat des Völkerbundes Klage richten. Der ständige Internationale Gerichtshof im Haag aber sprach in seinem Urteil vom 26. April 1928 aus, dass diese Bestimmung nicht im Gegensatze mit dem polnischen Minderheitsvertrag steht. Nachdem der polnische Minderheitsvertrag den übrigen Verträgen zum Muster diente, so sind auch die Minderheitsverträge im allgemeinen nicht im Gegensatz mit obiger Bestimmung. Der Internationale Gerichtshof hat hiemit zugleich mit dem Gewicht seines Ansehens mittelbar ausgesprochen, die Abhilfe an den Minderheitsklagen vonseiten des Völkerbundes sei nicht an die Bedingung geknüpft, dass diese die inländischen behördlichen Instanzen erschöpfen müssen, bevor sie sich mit ihrer Klage an den Rat wenden.

Eine derartige Einschränkung der Rechte der Ratsmitglieder und der Minderheiten, wie sie die rumänische Regierung gegenwärtig zu erreichen versucht, um von den Folgen der denkbar eklatantesten Verletzung des Minderheitsrechtes befreit zu sein, hat bis nun auch der Rat selbst nicht zugelassen.

Die polnische Regierung beantragte in ihrer Note vom

22. August 1923 dem Rat: dieser möge bestimmen, dass jegliche Klage, sei sie persönlicher oder kollektiver Art, durch die Vermittlung jener Regierung an den Völkerbund gerichtet werden solle, der die betreffende Minderheit angehört. Sie begründete ihren Vorschlag direkt damit, die Beschwerden der Minderheiten gelangten auf diese Weise zur Kenntnis der betreffenden Regierung, wodurch sie dann im Inland gutgemacht würden und somit die Zahl der Klagen bei dem Völkerbund verringert werde. Der Rat lehnte diesen Vorschlag jedoch ab. Der vom Rat angenommene Bericht betont, derartige Hemmung des Beschwerderechtes nicht als zulässig zu betrachten. Einen Antrag ähnlichen Sinnes tat der Vertreter Kanadas gelegentlich der jüngst eingeleiteten Änderung der Verfahrensregeln während der Märzsession des Rates in Madrid in 1929, dem auch die deutsche Regierung in ihrem gleichzeitig eingereichten Memorandum zustimmte. Der Rat nahm aber den Vorschlag auch diesmal nicht an. Der angenommene Bericht des Komitees deutet darauf hin, dass das beantragte Vorgehen die Abhilfe an den Minderheitsbeschwerden erschweren würde und gibt ihrer Meinung Ausdruck, selbst die Minderheiten und die Regierungen würden die beantragte Änderung nicht günstig aufnehmen. Aus alldiesem geht klar hervor, dass der Rat selbst, bei jeder Gelegenheit, als die Frage aufgeworfen wurde, es für ausgeschlossen hielt, die Verfahrensregeln in solcher Weise abzuändern, die erfordert, dass die Minderheiten die inländischen Instanzen erschöpfen müssen, bevor sie sich an den Völkerbund wenden. Darin erblickte er nur die Hemmung des Beschwerderechtes, einen unnötigen Zeitverlust, der die Verzögerung der Abhilfe am Rechtsverstoss durch den Rat herbeiführen würde.

Eine derartige Bedingung der Beschwerdeführung hätte nur dies zur Folge. Die Erledigung der Beschwerden vor den inländischen höheren Behörden könnte sich ja Jahre hindurch verzögern, was den Minderheiten unersetzlichen Schaden zufügen würde. Doch ein noch viel wichtigerer Gesichtspunkt als dieser spricht gegen eine derartige Einschränkung des Klagerechtes. Wären diejenigen, die den Staaten die Minderheitsverträge aufzwangen, der Überzeugung gewesen, dass die Rechtsverletzungen der Minderheiten im Inland Abhilfe finden werden, so hätten sie sicherlich nicht mit solcher Bestimmtheit auf der Annahme der Verträge bestanden,

wie dies der Fall war. Die Minderheitsverträge verfolgen eben den Zweck, Garantien dagegen zu bieten, was zu kommen drohte. Garantien für die Eventualität, dass die inländischen Rechtsnormen mit den Bestimmungen der Verträge widersprechen werden und Garantien für jene Eventualität, dass die, mit den Verträgen nicht divergierenden inländischen Rechtsnormen von den administrativen und gerichtlichen Behörden mit Benachteiligung der Minderheiten für diese angewandt werden.

Die zum Aufwerfen der oben angeführten prinzipiellen Frage Anstoss gebende Klage, die Angelegenheit der Székler Gütergemeinschaft betreffend muss endlich festgestellt werden, dass die Annahme des Standpunktes der rumänischen Regierung die völlige Beraubung jedweden Rechtsschutzes bedeuten würde. Der Anforderung, die Interessenten sollten sich in der Frage des Eigentumsrechtes vorerst an das inländische Gericht wenden, könnte eben infolge der eigentümlichen Lage nicht Genüge geleistet werden. Die rumänische Regierung hatte schon bei der Übernahme im Jahre 1923, auf Grund der Entscheidung des Agrarkomitees, wonach die Gütergemeinschaft der Székler Staatseigentum ist, deren ganze Organisation aufgelöst. Das Komitee sprach auch aus, diese Organisation habe ihre Existenzberechtigung verloren, da die Verwaltung der Güter auf den Staat übergehe. Auch das Mandat des Direktionsrates ist seither abgelaufen. Also existiert keine prozessfähige Person, keine Aktionsfähigkeit. Und wenn auch ein Prozess möglich wäre, würde die dahin lautende Aussage des rumänischen Gerichtes, dass der in Frage stehende Vermögenskomplex Staatseigentum bildet, vor dem Rat res judicata bedeuten, wogegen er keine Stimme erheben kann? Laut Artikel 1. des Minderheitsvertrages kann auch kein behördlicher Akt den Bestimmungen des Vertrages widersprechen. Es ist noch niemanden eingefallen zu bezweifeln, dass unter den im Vertrag erwähnten „behördlichen Akt" auch die Akten der Gerichtsbehörden gemeint sind.

Der ständige Internationale Gerichtshof hat doch in seinem Urteil vom 25. Mai 1926 in Angelegenheit einiger oberschlesischen Interessen (Arrêt No. 7) den Grundsatz der unbedingten Überlegenheit des Völkerrechtes mit den Worten ausgesprochen: „Vom Standpunkte des Völkerrechtes sind die nationalen Gesetze, sowie die administrativen Massnahmen und die gerichtlichen Entscheidungen blosse Tatsachen." Das heisst sie können

gegenüber völkerrechtlichen Verpflichtungen keine Geltung haben, wie dies auch Art. 1 des rumänischen Minderheitenvertrages anerkennt.

Die aussergewöhnliche Wichtigkeit der behandelten Frage hinsichtlich der Klage, sowie in gleicher Weise des Minderheitsschutzes ergibt sich aus dem Gesagten von selbst. Der Rat kann nicht das Prinzip sanktionieren, der Staat könnte auf Grund seines vermeintlichen Rechtes das Vermögen der Minderheit wegnehmen, denn das wäre totale Negation des Rechtsstaates, ja sogar die Statuierung rechtlicher Anarchie und würde die völlige Auslieferung der Minderheit an die, mit der Staatsmacht verfügenden Mehrheit bedeuten. Der Rat kann weder solches bestimmen, was den Verträgen widerspricht, er kann die Rechte der Ratsmitglieder nicht einschränken, weil dies die Verträge nicht zulassen, noch kann er sich selbst widersprechen. Als in der Klageangelegenheit der deutschen Siedler in Polen die polnische Regierung behauptete, nicht die Minderheitskommission müsse die Aufmerksamkeit des Rates erwecken, sondern eines der Ratsmitglieder, wies der Rat diesen ganz unhaltbaren Standpunkt der Polen zurück und sprach in seiner Resolution vom 5. September 1923 aus, es sei ganz einerlei, ob ein Ratsmitglied oder mehrere vereint, also ebenso auch die Minderheitskommission die Aufmerksamkeit des Rates erweckt. Die Resolution spricht aus: „Der Rat kann die Rechte der im Rat vertretenen Regierungen nicht durch Verfahrensmassregeln oder durch die Vorschrift solcher Formalitäten einschränken, welche nicht in den Verträgen enthalten sind." Wenn der Rat nicht einmal „Formalitäten" nicht vorschreiben kann, die nicht in den Verträgen enthalten sind, umsoweniger kann er solche wesentliche Dinge bestimmen, die nicht in den Verträgen enthalten sind. Das kann nun aber wirklich nicht bezweifelt werden, dass eine dahin lautende Resolution des Rates, dass die Minderheiten die inländischen Rechtsinstanzen erschöpfen müssen, bevor sie mit ihrer Klage vor den Völkerbund treten, mit einer solchen Beschränkung des gesammten Minderheitenschutzes gleichbedeutend wäre, wovon die Verträge nichts wissen.

The „equitable share" of the Hungarian National Minority.

by **Ladislaus Fritz.**

The Minority Pact, formed at Paris, on December 9-th, 1919, has be en ratified by the Roumanian Parliament in the Act of September 20-th, 1920, this Act was promulgated in No. 140 of the Monitorul Oficial (Official Gazette) 1920.

In consequence of this Pact, Roumania has laid herself under the international and political obligation that her minorities will be awarded an «*equitable share*» in the enjoyment and application of the sums which may be provided out of public funds under the State, municipal or other budget, «*for educational, religious or charitable purposes.*»

Let us now examine how Roumania is answering these obligations with regard to the Budget of 1932.

Going through the Budget of the Ministry of Education, Religion and Fine Arts,[1] it is impossible to discover the «*equitable share*» awarded to the Hungarian Minority out of „sums provided... for educational, religious or charitable purposes". The reason for this is simply that the régime is unwilling to discharge this international and political obligation; therefore it has not provided for the „equitable share" either in the regular or in the extraordinary part of the Budget of 1932.

On the other hand, we may discover a number of headings – totalling the sum of Lei 180,000.000 – which show how deficiently the measure of fair and just dealing has been employed by the Government:

In Chapter III. of Part IV, under Art. III.[2] there is a sum of Lei 1,200.000, which – out of the total Lei 3,259.000 summarized under the heading of „State Grants for 1932" – is intended to be given to the following Roumanian Educational (Cultural) Societies: Astra, Society of Roumanian Authors, Free University, Society of Dramatic Authors, Syndicate of Dramatic Artists, Journalists' Syndicate. No mention is made of the cultural Societies of the Hungarian Minority.

[1] Ministerul Instrucțiuni, al Cultelor și Artelor. Proiectul de budget ordinar pe exercițiul 1932. (București, Imprimeria Națională, pag. 186.)

[2] ibid. p. 29.

In Chapter III. of Part VI.[3] Heading I. under Art. 18. the sum of Lei 40,685.000 (under the name of State Grants) is divided as follows: Lei 5,835.000 to the Roumanian Academy of Science (Head. 1–4) Lei 2,000.000 to the Roumanian Schools in Paris and Rome (Head. 6., subvenţiunea celor două şcoli româneşti din Paris şi Roma, din care 1,100.000 Lei pentru şcoala din Paris); Lei 10,441.000 to the Prince Michael Scociety (Head. 8.); a grant of Lei 4,500.000 to 126 German („Suabian") and 623 Saxon teachers in Transylvania (Head. 11.); Lei 700.000 to the „Teachers' Homes" in Transylvania (Head. 12.); a grant of Lei 1,000.000 to the Church Fund of the Greek Oriental Church in Bucovina (Head. 14.); Lei 200.000 (equalling the sum of 30.000 French Francs) to the Roumanian Philological Institute at the University of Paris (Head. 23.). What about the „equitable share" to the schools of the Hungarian Minority?

In Art. 20. of the same part, a sum of Lei 1,066.000 is given under the heading of „Scholarships and Grants"; out of this sum, not more than Lei 216.000 are appropriated for home scholarships. Among the scholarships for abroad (burse in străinitate), amounting to Lei 850.000, let us refer to the following: Lei 96.000 to the Roumanian Schools of Historical and Philological Research in Paris and Rome (burse pentru şcolile româneşti de studii istorice şi filologice dela Paris şi Roma); and then Lei 418.000 (Lei 118.000+150.000+150.000), including the travelling expenses and scholarships of 2 Polish and 4 Czecho-Slovakian University Students (Head. 4–6).

Art. 26. gives full details of the salary of Elementary School teachers; at the end of this summary there is a sum of Lei 3,600.000, under the heading «*50% surplus to those Government teachers who are employed in the so called «zona eteroglotă»* (i. e. the non Roumanian parts of Transylvania).

It will be interesting, furthermore, to examine the items of Art. 30., in which there is a detailed account of the «*personal and material expenses of the Cultural Department of Roumanians outside of Roumania*» (Secţiunea culturală a românilor de peste hotare); the details are as follows:

I. Personal expenses:[4]

1. 62 Elementary School teachers,

[3] ib. p. 42.

[4] ib. p. 168–169.

2. 41 Secondary School teachers,

3. 10 Secondary School employees (admin.),

4. 20 Priests employed at the Roumanian Churches throughout the Balcan Peninsula,

5. 73 subaltern employees,

6. 92 retired officials,

298 persons alltogether, representing a sum of Lei 11,433.610
for salaries, rent money, family allowance . . . Lei 2,821.400
for the exchange and daily allowance fund.

II. Material expenses: [5]

Rent of Elementary and Secondary Schools . .	Lei	780.000
Restoration of Schools and Churches	„	154.000
Heating of Elementary Secondary Schools	„	169.000
Preservation of School premises and supply of furniture	„	90.000
Sustenance of the Boarding Schools of Saloniki, Grebena and Janina and 8 scholarships to the High School in Sophia, Lei 5000 each . .	„	2,758.000
Scholarships to foreign pupils of RoumanianSchools	„	3,600.000
Aid fund in case of official transfers	„	60.000
Aid fund for the poor pupils of Macedonian Schools and other communications	„	52.760
Mail expenses and office equipments	„	100.000
Various subsidies	„	90.000
Fire Insurance of the 3 buildings	„	45.000
Unforeseen expenses	„	100.000
Total of material expenses . .	Lei	8,000.000

The total of the expenses of the Cultural Department of Roumanians outside of Roumania, then amounts to Lei 22,255.000, if we add to this the grants of Lei 2,000.000 to the two Roumanian Schools in Rome and Paris, Lei 2,000.000 to the Roumanian Philological Institutes at Paris and Rome, and finally, the scholarships amounting to Lei 96.000 given to the Roumanian Schools of Historical and Philological Research in Paris and Rome, then we get a total of Lei 24,545.000 : this is the sum sent abroad to further the cultural purposes of foreign subjects; to the paying of this sum the minorities are also contributing with enormous difficulties under the present conditions.

[5] ib. p. 173.

Yet, where is the „equitable share" to which the Hungarian Minority were entitled ?

But let us continue our investigation. In the column of „funds for special purposes" [6] there is also a sum of Lei 111,259.000 under the heading of „grants."

Taking only the millions :

To the National Theatre in	Bucarest	Lei 25,000.000
„ „ „ „	Cluj	„ 7,000.000
„ „ „ „	Iași	„ 5,850.000
„ „ „ „	Craiova	„ 5,850.000
„ „ „ „	Chișinău	„ 6,500.000
„ „ „ „	Cernaut	„ 5,850.000
„ „ Roumanian Operahouse in	Bucarest	„ 30,000.000
„ „ „ „	Cluj	„ 15,000.000
Other grants and repairs		„ 8,000.000

In the same column the following sums may be found besides : Lei 360.000 to the Roumanian Orthodox Church in Paris, Lei 144.000 to that in Sophia, and a grant of Lei 450.000 to the Roumanian School in Rome.

At the same time, it would be in vain to look for the „equitable share" to be awarded to the poverty-stricken Hungarian actors in Transylvania who are facing utter ruin.

Continuing our investigation of the Budget of the Ministry of Education, Religion and Fine Arts, the only point on which faint signs of the Government's wish to observe the principle of „equitable share" are visible is the column of grants to the Minority Churches in Roumania, including also the Hungarian Minority Churches.

But even here there are obvious incongruities, as will be seen from the following.

a) The first of these incongruities is shown by the division of State Grants given – in conformity with Par. 31. of the Religion (Church) Act to the ministers and to the employees of the administrative and theological institutions of the different Churches. [7]

[6] ib. p. 176.

[7] According to Par. 31 of the Religion Act (promulgated in No. 89. of the Monitorul Oficial, April 22-th 1928.): „The State Grants given to the different Churches will be in accordance with their number of parishioners of Roumanian nationality as compared to the total number of the population, as well as with their financial resources and their actual requirements.

Let us collate the sums of these State Grants as defined by Order in Council (No. 1762/1931) on the basis of the Budget estimates: [8]

No.	Churches	Number of parishioners	State Grant for the year 1930, Lei	1931, Lei	1932, Lei
1.	Orthodox Church	12,638.081	742,128.101	592,917.671	426,611.543
2.	Greek Catholic Church	1,341.631	127,432.015	102,362.769	31,118.465
3.	Roman Catholic Church	1,087 037	65,784.404	52,493.732	30,823.771
4.	Reformed Church	655 685	69,009.354	52,811.767	14,069.698
5.	Lutheran Church	370.681	22,397.074	17,637.696	11,830.531
6.	Unitarian Church	71.294	11,497.503	9,054.284	786.385
7.	Mohamedan Church	155.036	14,633.400	11,523.808	5,071.245
8.	Jewish Church	—	10,125.000	10,125.000	8,606.250
	Total:	16,319.445	1,063,006.851	848,926.727	528,917.888

Taking the number of parishioners, the State Grant for the year 1932 is divided (according to the first scheme) among the parishioners as follows:

In the Orthodox Church . . . Lei 34 per head
„ Greek Catholic Church . „ 23 „ „
„ Roman Catholic Church . „ 28 „ „
„ Reformed Church . . . . „ 21 „ „
„ Lutheran Church . . . . „ 32 „ „
„ Unitarian Church . . . . „ 11 „ „
„ Mohamedan Church . . „ 33 „ „

In consequence of the protests manifested by the Churches concerned, the following modifications have been made by Order in Council — founded mainly on the basis of the amendments proposed in course of the debate in Parliament: [9]

1. Orthodox Church . . Lei 402,949.557 (Lei 31 per head)
2. Greek Catholic Church . „ 42,771.196 („ 31 „ „)
3. Roman Chatholic Church „ 34,654.739 („ 31 „ „)
4. Reformed Church . . . „ 20,903.237 („ 31 „ „)
5. Lutheran Church . . . . „ 11,817.510 („ 31 „ „)
6. Unitarian Church . . . . „ 2,272.852 („ 31 „ „)
7. Mohamedan Church . . „ 4,942.547 („ 31 „ „)
8. Jewish Church . . . . . „ 8,606.250 („ ? „ „)

Total . Lei 528,917.888.

[8] Mon. Of. Part. I., No. 282, 2-th Dec. 1931. Pag. 9676—77.
[9] Mon. Of., Part. I., No. 291, 16-th Dec. 1931. Pag. 10.040.

Apart from the Jews – where the number of parishioners is not stated by the Government – the State Grant is divided on the basis of the number of parishioners in each Church. Even so, the Minority Churches are still at a disadvantage, as the Orthodox Church enjoys further subsidies and various other advantages.

b) The total of State contribution to the *material expenses* of the different Churches is – according to Part III. B., Chapter II. Head. I. of the Budget Proposal – Lei 12,963.714, which is divided as follows:

Orthodox Church	Lei 10,792.623
Greek Catholic Church . . .	„ 970.266
Roman Catholic Church . .	„ 170.000
Protestant Churches	„ 238.000
Mohamedans	„ 792.000
	Total Lei 12,963.714

The incongruity of this division is at once obvious from the fact that the Orthodox Church receives 83·2 % of the State Grant, while the Greek Catholic Church receives only 7·5 %; the Roman and Armenian Catholic Churches, and the Protestant Churches receive even less: 1·3 %, and 1·8 % respectively. The comparatively large percentage (6·2 %) of the Mohamedan Church Grant is explained by the expenses of the Mohamedan Seminary.

This, then, is actually the way how the Hungarian Minorities in Roumania are given an «*equitable share*» of the sums turned to educational, religious, or charitable purposes.

(Transl. by Joseph Willer, M. A.)

Zu dem neuen Staatsbürgergesetz in Rumänien.

Der Entwurf des vom Justizminister Valer Pop vorgelegten neuen Staatsbürgergesetzes hat in der demokratischen Presse Rumäniens mit Recht einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen. Wohl enthält der Entwurf eine wichtige Modifikation des ehemaligen Staatsbürgergesetzes der Liberalen, indem jene das Staatsbürgerrecht erwerben können, welche am 1. Dezember 1918 auf rumänischem Territorium gewohnt haben und wohnen. Das Bürgerrecht wird sonach nicht mehr an die ausschliesslichen Voraussetzungen der Geburt oder des Besitzes des Heimatscheines gebunden sein. Aber was der Gesetzentwurf sonst vorschreibt, ist völlig widersinnig und widerspricht den Friedensverträgen und der gesunden Vernunft. Der Justizminister will das Gesetz nur für Rumänien de origine, für Rumänien dem Blute nach, gemacht haben, wo doch die Verfassung keinen Unterschied zwischen den rumänischen Staatsbürgern kennt. Mit Recht fühlen sich die National-Minderheiten wie vor den Kopf geschlagen, denn von der Regierungsbank aus wird ihnen gesagt, dass Rumänen nur jene sind, in deren Adern rumänisches Blut rollt. Es handelt sich um ein grundlegendes Recht all' jener Bewohner Rumäniens, welche auf Grund der Friedensverträge und namentlich des Minoritätenschutzvertrages ipso jure und ohne jede Formalität Bürger Neu-Rumäniens geworden sind.

Iorga gegen das Renegatentum.

Der Abgeordnete Serdici von der Lupu-Partei brachte eine Interpellation vor die Kammer, in der die Auflösung des Unterstaatssekretariats für Minderheiten gefordert wurde. Ministerpräsident Professor Iorga erwiderte auf diese Interpellation in den folgenden Ausführungen: Dies Unterstaatssekretariat für Minderheiten muss bestehen bleiben. Es muss bestehen bleiben, weil seine Gründung eine Notwendigkeit war und es muss bestehen bleiben, weil wir, in dem Zusammenarbeiten mit unserem Kollegen Brandsch sehr befriedigt sind von der Art, wie

er tätig gewesen ist, um die Minderheiten mit der rumänischen Regierung und durch sie mit der rumänischen Gesellschaft in Fühlung zu bringen. Niemals hat Herr Brandsch uns andere, als berechtigte Ansuchen vorgetragen. Was Herr Brandsch geleistet hat, hat uns von vielen Schwierigkeiten in Verbindung mit bestimmten Unzufriedenheiten befreit. Dieses Unterstaatssekretariat ist ein wahrer Reinigungsquell gewesen. Ich bitte Sie eine glückliche Einrichtung bestehen zu lassen, die uns soviel Lob von überall gebracht hat... Im Verlaufe dieser Ausführungen hob Ministerpräsident Iorga noch besonders hervor: Ich halte es für notwendig hier eine Erklärung abzugeben... Wir haben keinerlei Wunsch, die ethnischen Gruppen historischen Charakters zu vernichten, die wir in den Provinzen vorgefunden haben. Wir haben keine Neigung einen guten Deutschen oder einen guten Ungarn – ich spreche von den wichtigsten Nationen – in einen erheuchelten Rumänen zu verwandeln, da derjenige, der seine ganze Vergangenheit verlässt oder seine Seele für gewisse Vorteile verkauft, für die Nation, die ihn übernimmt, kein Vorteil, sondern Gift ist. Der nationale Druck wendet sich gegen denjenigen, der ihn ausübt...

Urkunden zu den Kämpfen im Schutze der Minderheitsschulen in Siebenbürgen.

1919–1929.

Verfasser: **Dr. Andreas Balázs**
Prälat-Domherr.

XII.

XXII.

No. 344–1926.

Gegenstand: **Kurze Bekanntgabe**[1] **des vonseiten der rumänischen Regierung am 1. Dezember 1925 datierten Memorandums, welches in Beantwortung des Gesuchsanhanges der siebenbürger ungarischen Konfessionen zum Völkerbund eingereicht wurde.**

Die königliche Regierung befolgt nicht das Beispiel der Bittsteller vom 15. September, weder im Geiste noch in buch-

[1] Vorgelegt vom Verfasser gelegentlich der Sitzung des Direktionsrates des Siebenbürger röm. kath. Status.

stäblichem Sinne. Demnach lässt sie die tendenziösen Feststellungen unbeantwortet und umgeht jedwede Polemik.

Sie ignoriert sprachliche Entgleisungen, unklare Äusserungen und bösartige Insinuationen, womit jene in ganz anderer Absicht, als auf der Suche nach Gerechtigkeit, Verwirklichung des Rechtes, argumentieren und arbeiten.

Dies tut die Regierung umso bereitwilliger, da einzelne Unterfertiger des Gesuches, ihren Irrtum einsehend, manche wörtlich, manche schriftlich ihrem Bedauern (der Regierung) Ausdruck gaben.

A)

Prinzipielle Fragen:

I. Die Minderheitsbürger Rumäniens sind keine Ausnahmebürger.

Abschnitt 9 des Minderheitsvertrages schafft keine Ausnahmebürger, die den anderen Staatsbürgern gegenüber Privilegien besitzen.

II. Gleichheit der Minderheiten mit dem Staat in Schulfragen.

Die Minderheiten sind der Meinung, als hätten sie das unbedingte Recht, mit separatem Programm vollkommen unabhängige Schulen zu gründen, ohne sich um jenes Minimum der Erziehung und des Unterrichtes zu kümmern, welches die Ansprüche des Staates erfordern. Ihnen sei es gestattet, das Minimum der notwendigen Kenntnisse vorzuschreiben, dabei seien aber ihre Schulen mit den öffentlichen (staatlichen) in jeder Hinsicht gleich.

III. Staatliche Kontrolle. Dieses Recht entfällt in folgende Bestandteile.

1. Kontrolle der hygienischen Bedingungen, Kontrolle der Schulräume hinsichtlich ihrer Eignung.

2. Kontrolle der moralischen Bedingungen der Schulinstitutionen.

3. Kontrolle des Unterrichtspersonals mit Rücksicht auf dessen nötige Befähigung.

4. Aufsicht der Schulen hinsichtlich der Ordnung und Staatssicherheit, damit diese keine Gefahr für die Staatssicherheit bringen.

5. Das Recht, ein gewisses Minimum der Studien in der Staatssprache zu verlangen.

IV. Die Staatssprache und der Unterricht in den Minderheitsschulen.

Die Minderheiten hegen die Meinung, im Sinne der Minderheitsverträge sei der Unterricht der Staatssprache nur für die staatlichen Minderheitsschulen obligat, für die konfessionellen Schulen aber nicht obligat. Diese These ist irrig. Denn die Artikel 8, 10 und 11 des Vertrages verhindern den Staat nicht daran, den Unterricht der rumänischen Sprache in den Minderheitsschulen als obligat einzuführen. Demnach ist es auf Grund des Staatsrechtes die Pflicht eines jeden im Lande lebenden Bürgers ausnahmslos, die Staatssprache zu erlernen. Der Minderheitsvertrag will zwischen dem rumänischen Mehrheitsvolk und den Minderheiten keine ewige Scheidewand errichten. Die Regierung will aus praktischen Rücksichten zum Erlernen der Sprache der jungen Generation den Unterricht erleichtern und anstatt den abstrakten täglichen Unterricht von rumänischer Sprache und Literatur anzuordnen, ist in wöchentlich 3 Stunden Grammatik und Literatur vorgeschrieben, die hiebei erlangten Kenntnisse werden dann beim Lernen von Geschichte und Geographie erweitert.

B)

Die rechtliche Lage der konfessionellen Schulen und deren Behandlung seit dem Wechsel des ungarischen Regimes in das rumänische.

Bei der Vereinigung Siebenbürgens und der angegliederten Gebiete waren die politischen und kulturellen Daseinsbedingungen der verschiedenen Völker überhaupt keine normalen. Die ehemalige Mehrheit, die heutige ungarische Minderheit hatte alle Rechte für sich konfisziert und hielt die rumänische Minderheit in erniedrigender Inferiorität. Die Ungarn allein besassen Rechte, die Rumänen hatten nur Pflichten. Die Ursache dessen ist nicht in den Minderheiten zu suchen, sondern im ganzen System extremer Gesetze, deren einziges Ziel war, den poliglotten Charakter des damaligen Ungarn zu verwischen. Es wäre ein unverzeihlicher geschichtlicher Fehler gewesen, diese Situation unberührt zu lassen und nicht auszubessern. Die rumänischen Regierungen trachteten also ihre Pflicht der rumänischen Nation gegenüber zu erfüllen, ohne aber mit den neuen, nichtrumänischen Untertanen ungerecht zu sein. Z. B. waren die

2583 Schulen mit ungarischer Unterrichtssprache unter ungarischem Regime alle ungarische Staatsschulen, keine einzige der staatlichen Schulen besass rumänische Unterrichtssprache. War es der rumänischen Regierung erlaubt, diese fremden Schulen zu behalten? Befand sich doch ein Grossteil derselben inmitten der rumänischen Zentren. (Das Memorandum zählt hierauf 30 solche Orte auf, wo die ungarische Bevölkerung sehr gering an der Zahl gegenüber der rumänischen ist und dennoch ungarische Staatsschulen bestanden.) In diesen Schulen war die Unterrichtssprache ausschliesslich die ungarische. War es zulässig, die Arbeit der Magyarisierung fortzusetzen? — frägt das Memorandum. Nein. Demnach verschwanden auch diese Schulen. Die Regierung liess aber in fast allen Gemeinden, wo die Bevölkerung ungarisch ist, als Unterrichtssprache der staatlichen Schulen die ungarische, oder eröffnete bei den rumänischen Schulen Abteilungen mit ungarischer Lehrsprache.

Das Memorandum debattiert des Weiterem über unsere, auf die ungarischen Schulgesetze bezüglichen Ausführungen, die wir als mild und liberal bezeichneten. Es führt viel Zitate aus dem magyarisierenden Schulgesetz von 1879 an, spricht von der Apponyi-schen Kulturzone, wonach in den Grenzgebieten alle rumänischen Schulen aufgehoben und statt deren 1600 Elementarschulen und 800 Kindergärten, alle ausschliesslich mit ungarischer Lehrsprache errichtet wurden. So sieht das milde und liberale Regime aus — ruft das Memorandum, welches unsere Schmäher (décracteurs) so nennen. Mehreremale wiederholt das Memorandum, dass die Rumänen in Ungarn keine einzige Schule mit rumänischer Unterrichtssprache besassen, sie durften nur konfessionelle Schulen haben, von denen die ungarischen Behörden in mehreren Hunderten ausschliesslich ungarischen Unterricht einführten. Demgegenüber unterhält der rumänische Staat für die Minderheiten 762 Elementarschulen, 22 Bürgerschulen und 9 Gymnasien mit der Sprache der ungarischen Minderheit. Die Zahl der vom Staat bezahlten ungarischen Lehrer und Professoren ist 1586. Es gibt keine einzige konfessionelle Schule, worin der Unterrichtsminister die rumänische Sprache als Lehrsprache eingeführt hätte, ausser in den Ordensschulen. Die Regierung besitzt Beweise dafür, dass in vielen konfessionellen Schulen häufig Lehrkräfte mit bolschevistischen Gefühlen angestellt sind. Sie behauptet, das Bukarester Proto-

koll vom 6. November habe den Standpunkt angenommen, der Hochschulunterricht sei Aufgabe des Staates. [2]

Des Weiterem befasst es sich mit jenem Teil unseres Memorandums, worin wir die Schulpolitik des Consiliul Dirigent besprechen und behaupten, dass während er die staatlichen Schulen rumänisierte, er zugleich inaugurierte und die Kirchen dahin brachte, statt der aufgehobenen Staatsschulen konfessionelle Schulen zu gründen. Diese unsere Feststellung bezeichnet es als unwahr, da die Regierung die ungarischen staatlichen Schulen in ungarnbewohnten Gebieten bestehen liess. Die Verfügung des Consiliul Dirigent, womit er einige Schulgebäude den Konfessionen überliess, gilt ja nur 1 – 2 Jahre. Die konfessionellen Schulen wurden als Konkurrenz- und feindliche Schulen errichtet, besassen keine Geldmittel, keine entsprechenden Räumlichkeiten, kein Schulgerät. Es war ein Attentat gegen den Staat, eine unnütze Belastung des Volkes, ein Attentat gegen die Erziehung der unglücklichen ungarischen Kinder sowohl wie gegen die Hygiäne. Diese Schulen kreierte der Hass gegen die neue Ordnung. Die Vermehrung der Anzahl dieser Schulen ist dem Grossmut der rumänischen Regierung zuzuschreiben. Es ist wohl wahr, dass zu Beginn der rumänischen Herrschaft die ungarischen Gesetze noch giltig blieben, das konnte aber nicht ewig so bleiben. Die gegen die Interessen des Unterrichtes und der allgemeinen Ordnung abzielenden Vorgehen und Tendenzen mussten mittels ministerieller Verordnungen geregelt werden. So entstanden die beanständeten ministeriellen Verordnungen, so das Baccalaureatsgesetz und die übrigen Schulgesetze. Die Konfessionen tragen Schuld daran, dass einige, auf die staatlichen Schulen bezüglichen Vertragspunkte nicht eingehalten wurden, sie verhinderten deren Beobachtung. Die konfessionellen Kirchengemeinden agitierten gegen die neuen staatlichen Schulen. Die konfessionellen Schulen wurden nämlich darum errichtet, um die rumänische staatliche Konsolidation zu behindern und um den öffentlichen Staatsschulen Opposition zu machen. Man wollte die Wiederherstel-

[2] Welch sachliche, verlässliche Daten das rumänische Memorandum enthält, beweist auch diese Behauptung. Das genannte Protokoll enthält nicht den rechtlichen Standpunkt der Konfessionen, sondern ein vonseiten Anghelescus diktiertes Kompromiss wurde unter den verhandelnden Delegierten besprochen, welches die Konfessionen als nicht zufriedenstellend erachteten.

lung der alten Herrschaft, darum benützte man in Budapest gedruckte Klassenbücher, Atlasse, Handbücher. Demgegenüber will die staatliche Schule dem neuen Vaterland loyale Bürger erziehen. Darum erklärten die ungarischen Führer den staatlichen Schulen den Krieg. Die Folge dessen war das Sinken des Niveaus der Mittelschulen, die Schüler waren schlecht vorbereitet, indem sie nicht das Minimum des Lehrplanes wussten. Die staatliche Kontrolle hat bewiesen, dass fast keine der Schulen jene gesetzlichen Bedingungen erfüllte, welche der Consiliul Dirigent bei der Errichtung der konfessionellen Schulen gestellt hatte. Danach ist angeführt, sogar das Wirkungserlaubnis habe diesen Schulen gefehlt, obwohl auch den ungarischen Gesetzen gemäss der Besitz einer solchen Bedingung war und dem Consiliul Dirigent das Recht zustand, diese Erlaubnisbedingungen festzustellen. Es bestand Mangel an Räumlichkeiten, viele Schulen wurden in unreinen Lokalen, in Küchen, Ställen errichtet. Unkenntnis der rumänischen Sprache. 7 Jahre sind vergangen und die Lehrer können noch immer nicht rumänisch. Einschreiben andersgläubiger Schüler. Das Privatunterrichtsgesetz wendet nur hinsichtlich der Muttersprache Einschränkungen an, sozwar, dass die Schüler frei in Schulen mit der gleichen Unterrichtssprache eingeschrieben werden können. Diese sprachliche Einschränkung ist notwendig, um der Tendenz gewisser ungarischer Führer, die Kinder der übrigen Völker Siebenbürgens zu denationalisieren, sowie es in der Vergangenheit geschah, ein Ende zu bereiten. Das Memorandum bekämpft des Weiteren abschnittweise unser Memorandum. Daraus sei das Argument gegen unseren 16. Abschnitt angeführt. Unser Memorandum beanständet, dass das Privatunterrichtsgesetz zur Tätigkeit der Lehrkräfte die vorherige ministerielle Genehmigung fordert. Darauf antwortet die Regierung: nach dem Kriege warfen sich viele ohne jeglichen Beruf und ohne Diplom auf die vakanten Lehrer- und Professorenstellen, darunter auch solche, die nicht einmal rumänische Staatsbürger sind. Der rumänische Staat muss für entsprechende Fachleute mit gebührender Befähigung sorgen, darum ist diese vorherige Kontrolle notwendig. Übrigens gestattete die Regierung provisorisch auch diesen zu unterrichten. Dem Punkt 25 gegenüber, worin wir bezweifeln, dass gegenwärtig mehr konfessionelle Schulen seien, als unter dem ungarischen Regime, stellt es unser Register entgegen, demgemäss 428 Elementar-

schulen der Vergangenheit den heutigen 647 verglichen sind, ausserdem noch die Bürgerschulen. Auch unsere Aussage wird bekämpft, laut welcher die ungarischen Sektionen der rumänischen Staatsschulen gesperrt wurden, wodurch die Schulen rumänisiert sind. Dass in Wirklichkeit in den Schulen mit ungarischer Lehrsprache und ungarischen Sektionen der Unterricht zweisprachig ist und ungarische Schüler auch zu den Zeremonien andersgläubiger gezwungen werden. Darauf sagt das rumänische Memorandum: in den ungarischen Sektionen ist jeder Gegenstand, m t Ausnahme von rumänischer Sprache und der rumänischen Nationalgegenstände ungarisch. In manchen Gemeinden wurde die ungarische Sektion darum eingestellt, weil die Kirchengemeinden diese boykottierten. Ferner hätten wir, in massloser Böswilligkeit eine ganze Menge ungarische Schulen als geschlossen bezeichnet, die niemals zu unterrichten aufhörten und deren Lehrer Ungarn sind, die ausschliesslich ungarisch sprechen. Über die Staatssubvention behauptet die Antwort, es genüge, wenn der Staat 762 ungarische Elementarschulen, 22 Bürgerschulen, 9 Gymnasien unterhält. Man könne den rumänischen Staat nicht verpflichten, noch obendrein unnützen Schulen Subvention zu geben, zumal diese nur dazu errichtet wurden, um sein Ansehen zu untergraben.

Unseren Tadel am 8. Abschnitt des Privatunterrichtsgesetzes gibt das Memorandum folgendermassen wieder: die Minderheiten erheben sich besonders gegen den 8. Abschnitt, der feststellt, dass Kinder rumänischer Herkunft, die ihre Muttersprache vergassen, ebenso wie die magyarisierten deutschen Kinder ihre Studien rumänisch oder deutsch absolvieren sollen. Gegen diesen Einwand erinnern wir an die magyarisierende Politik der gewesenen Herrschaft. Den weiteren Bestand dieser Situation können wir nicht zulassen. Die restitutio in integrum, die Wiederherstellung rechtlich und tatsächlich musste geschehen, jedermann muss seine verlorene Nationalität zurückerlangen. Dieser Standpunkt – sagt das Antwortschreiben – wurde von den Kirchenvertretern angenommen, die denselben in Punkt 4 des Protokolls vom 6. November auch voll anerkannten.

Der rumänische Staat e langte durch seine Toleranz die Bewunderung der Welt. Die verschiedenen Kirchen werden im rumänischen Staat ebenso regiert und geleitet, wie unter der Herrschaft der Romanoffs, der Habsburgs. Jede Kirche besitzt ihre unbedingte Autonomie.

C)

Das Verhältnis der Minderheitsverträge zu dem Privatunterrichtsgesetz untersuchend, schickt das rumänische Memorandum voraus, im XVIII – XIX. Jahrhundert kämpften die Menschen um die Freiheit, heute kämpfen die Millionen um Gleichheit. Doch eine verschwindend geringe Minderheit Rumäniens, 1 Million Ungarn, urgiert für s ch, einzig für sich, eine privilegisierte Situation gegenüber den übrigen Völkern. Aus mehrhundertjährigem Schlaf noch immer nicht erwacht, – währenddessen alle Rechte ihnen gehörten, den anderen nur die Pflichten oblagen, – können die Herren von gestern ihrer Macht, ihren Klassen- und Rassenprivilegien nicht entsagen! Aus diesem Seelenzustand der ungarischen Minderheit Rumäniens ergibt sich dann, dass sie sich nicht entschliessen kann, mit den Diener und Leibeigenen von gestern gleich zu sein, dasselbe Los zu tragen. Das ist die Erklärung, warum sie es tadeln, dass Rumänien im Jahre 1922 in den Text seiner Verfassung nicht ausdrücklich den Minderheitsvertrag aufnahm. Die geistigen Führer der Minderheiten wollen, aus der falschen Auffassung ausgehend, dass die Minderheitsverträge ihnen eine Ausnahmsstellung sichern, aus Minderheitsbürgern Überbürger werden (surcitoyen) und wollen die Minderheiten ausser, ja über die Gesetze stellen.

Nach diesem grundlegenden Gedankengang sucht dann das Memorandum die Ausführungen des Gesuchsanhanges der Konfessionen bezüglich der Minderheitsverträge zu widerlegen. In oben angegebenem Tenor, mit derselben Sachlichkeit versucht es dies zu erledigen, manchmal in falscher Einstellung, manchmal die Tatsachen umgehend.

Dem Memorandum gemäss ist das Privatunterrichtsgesetz im vollen Einklang mit den im Minderheitsvertrag garantierten Schulrechten und während die Kirchen auf ihren konfessionellen Schulen bestehen, wünschen sie eigentlich die Fortsetzung der alten bevorzugten Behandlung herbei. Der Gesetzentwurf sichert das Fortbestehen der Minderheitsschulen, Erziehungsanstalten, ebenso wie den Gebrauch der Minderheitssprachen in ihren Schulen. Die Erregung einiger Führer des Ungartums ist daher unverständlich. Glücklicherweise teilen nicht alle Minderheiten diese Gefühle, nicht alle Führer der ungarischen Minderheit, am wenigsten teilt sie die grosse Mehrheit des ungarischen Volkes

in Siebenbürgen. Die konfessionellen Schulen werden häufig von den Bischöfen und Geistlichen dem entgegengesetzten Wunsche des Volkes aufgezwungen, Letzteren sind diese Schulen eine überflüssige Last. Den Unterrichtsminister rührten die Klagen, welche über den Druck, die Gewaltsamkeit der ungarischen Geistlichen auf das ungarische Volk zu ihm gelangten. Der Anspruch der Konfessionen bezüglich des Öffentlichkeitsrechtes der seit 1918 errichteten Minderheitsschulen ist unzulässig. Die ungarischen Kirchen werfen den Kirchenbann auf jeden Ungarn, der die rumänischen Behörden zurzeit des Wandels der ungarischen Herrschaft in die rumänische unterstützte. Die Intellektuellen zettelten Komplotte, Verschwörungen gegen die neue Ordnung an.

Auch die neuen Schulen errichteten die Kirchenoberhäupter nur zum Schaden der Staatsschulen.

Von den Lehrkräften verlangt die Gesetzvorlage aus rumänischer Geschichte, Geografie, Verfassungslehre nach dem Muster des ungarischen Gesetzes XVIII von 1879 Prüfungen. Dieses Gesetz schrieb den Professoren ebenfalls Prüfungen aus ungarischer Sprache, Literatur und Kulturgeschichte vor, worin die Materie der Geschichte, Geografie und Verfassungslehre enthalten ist. Die Prüfung der Privatschüler, also auch deren Aufnahme kann der Staat den Minderheitsschulen nicht gestatten. Manche Privatschulen würden zu wahrhaften Diplomfabriken.

Auf den Einwand, die Gesetzvorlage verletzte die Gleichheit und Lehrfreiheit, indem sie die Aufnahme anderer, als die eigene Sprache sprechender Schüler in die Minderheitsschule verbietet, antwortet das Memorandum, die ungarischen Schulen hätten immer getrachtet, die Völker Siebenbürgens zu denationalisieren, auch unter der rumänischen Aera möchten sie dies fortsetzen, darum haben auch ein Grossteil der ungarischen Schulen neuerdings viele hundert rumänische Kinder mit Vorzug behandelt. In manchen Fällen haben ungarische Lehrer griechisch-katholische und griechisch-orientalische Kinder sogar verleitet, die Sprache und Religion ihrer Väter abzulegen. Darauf, dass in den Ordensschulen, obwohl die Schüler den Minderheiten angehören, der Unterricht rumänisch sein solle, ist die Erklärung diese: In sämtlichen Staaten Europas unterrichten die Ordensmitglieder in der Sprache des betreffenden Staates. Rumänien ist das einzige Land, wo sich aus Bayern kommende

Ordensmitglieder unterfangen, als Agenten einer fremden Propaganda und Agitation gegen die Staatssicherheit zu arbeiten.

D)

Das Memorandum betont, während es das Protokoll[3] des Unterrichtsministers und der siebenbürger Konfessionen vom 6. November 1925 analysiert, dass die Regierung gegen niemand gesetzliche Massnahmen anwandte, obwohl einige Oberhäupter der siebenbürger ungarischen Konfessionen zur Regierung feindliche, manchmal sogar unehrerbietige Haltung bezeugten und obwohl die Regierung gegen alle jene rumänische Untertanen strenge Massregeln hätte gebrauchen können, die vor dem Ausland die staatsverkörpernden Faktoren absichtlich und böswillig verleumdeten.

*

Das 163 Seiten umfassende Memorandum bemüht sich mehrere Abschnitte hindurch grösstenteils, die in den 36 Beilagen des Gesuchsanhanges enthaltenen Daten zu widerlegen, zu schwächen. Es würde zu weit führen, die diesbezüglichen Details des rumänischen Memorandums zu erläutern, da deren objektive Behandlung erheischte, dass wir auch die einschlägigen Abschnitte der Konfessionen-Petition bekanntgeben. Dies allein beanspruchte eingehendes Studium und ein Buch für sich. Bloss zur Kennzeichnung der Methode und Sachlichkeit des Memorandums, die ja auch schon aus dem Obenangeführten ersichtlich ist, erwähnen wir, dass darin die Aussagen der petitionierenden Konfessionen häufig zynisch, unzähligemale absichtliche, böswillige Entstellung genannt sind, wobei die ungarische Vergangenheit und die ungarischen Konfessionen fortwährend geschmäht und gedemütigt werden. Von Anfang an wird der Schritt der ungarischen Kirchenoberhäupter so dargestellt, als hätten sie ihn aus Böswilligkeit, aus Hass gegen den Staat unternommen.

[3] Siehe D kument No. XXIV.

Director şi redactor răspunzător: Dr. Elemér Jakabffy.
Tipografia Husvéth şi Hoffer, Lugoj.